

**RECHTSANWALT DR. WESSIG**

# **Die KPD**

**war, ist und wird sein!**

**DOKUMENTE AUS DEM PROZESS GEGEN DIE KPD**

RECHTSANWALT DR. WESSIG

*Die KPD war,  
ist und wird sein!*

*Dokumente aus dem Prozeß gegen die  
Kommunistische Partei Deutschlands*

---

*Nach dem Protokoll redaktionell überarbeitet*

---

Nachdem sich die „Beweiserhebung“ der Bundesregierung in ihrem Verbotsprozeß gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über acht Monate hingezogen hat, wurden in der Zeit vom 12.—14. Juli 1955 die Schlußplädoyers von den Rechtsanwälten der KPD gehalten. Die Bundesregierung und die Richter des Bundesverfassungsgerichts hatten während der mündlichen Verhandlung das Recht der KPD, an Hand ihrer eigenen Geschichte nachzuweisen, daß die Kommunisten in Deutschland für ein einheitliches und demokratisches Deutschland eintreten, systematisch unterdrückt. Aber gerade die praktische Politik, die die KPD seit ihrer Gründung durchführte, widerlegt die Behauptung der Bundesregierung, daß die KPD Freiheit und Demokratie beseitigen wolle. Die Geschichte der KPD beweist, daß die Kommunisten in Deutschland seit über 100 Jahren für Einheit, Freiheit und Demokratie kämpfen. Die Geschichte der KPD zeigt aber auch, daß gerade jene Kräfte, die heute ein Verbot der KPD anstreben, immer versucht haben, die freiheitliche und demokratische Bewegung des Volkes zu unterdrücken.

Das Verdienst des Schlußplädoyers von Rechtsanwalt Dr. Wessig besteht darin, daß er die ruhmreiche Geschichte der KPD und der Arbeiterbewegung dargelegt hat. Hierbei wies er gleichzeitig auf die geschichtlichen Tatsachen hin, daß es noch niemand gelungen ist, die KPD zu zerschlagen, obwohl der jetzige Versuch der Bundesregierung, die KPD zu verbieten, nicht der erste ist. Die KPD war, ist und wird sein! Diejenigen aber, die versuchen die KPD zu unterdrücken, das lehrt die Geschichte auch, werden scheitern.

## Schlußplädoyer des Prozeßvertreters der KPD Rechtsanwalt Dr. Wessig

Herr Präsident, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter!

Im Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD wird die Behauptung aufgestellt, die KPD verberge ihre wahren Absichten und Ziele hinter Parolen, die nur aufgestellt seien, um die Bevölkerung irrezuführen. Insbesondere diene das Eintreten der KPD für die nationale Einheit Deutschlands, für die Erhaltung des Friedens und für die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes lediglich zur Tarnung sogenannter hintergründiger Ziele der Kommunistischen Partei.

Man kann dem Bundesministerium des Innern nicht gerade nachrühmen, daß es mit seinem Vorgehen gegen die Kommunistische Partei originell ist. Wenn es die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung studiert hätte, würde es selbst feststellen müssen, daß alle Reaktionäre seit hundert Jahren die gleichen oder ähnliche Behauptungen gegen die Kommunisten ins Feld führen. Schon die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, wurden verleumdet, daß sie noch geheime Ziele hätten. Hat aber die Kommunistische Partei wirklich erst jetzt ihre wahren Ziele offenbart, jetzt, da die Bundesregierung es für angebracht hält, das Verbot der Partei zu betreiben? Eine solche Behauptung kann nur jemand aufstellen, der die geschichtlichen Tatsachen ignoriert.

Es gibt kein Beispiel in der Geschichte der Arbeiterbewegung, an dem man nachweisen könnte, daß sie andere Ziele verfolgt hätte als diejenigen, zu denen sie sich offen bekannte. Schon 1848 lautete die erste Forderung, mit der der Bund der Kommunisten vor das deutsche Volk trat:

„Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.“

Seit dieser Zeit ist die Kommunistische Partei unverändert für die Einheit der Nation eingetreten. Trotzdem rissen die Hochverratsverdächtigungen niemals ab.

Auch Sie, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, werden an der Frage nicht vorbeikommen: Schaffung der unteilbaren deutschen Republik durch Herbeiführung gesamtdeutscher freier Wahlen oder die Behinderung der gesamtdeutschen freien Wahlen durch Erfüllung der Regierungsforderung auf Verbot der Kommunistischen Partei.

Das 1847 von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßte und ein Jahr später veröffentlichte „Kommunistische Manifest“ ist nicht nur das wichtigste und richtungweisende Dokument der ganzen Arbeiterbewegung, sondern es ist bis zum heutigen Tage die grundlegende ideologische Schrift der Kommunistischen Partei. Wie wenig originell die Bundesregierung in ihren Angriffen gegen die KPD ist, zeigen schon die Einleitungsworte dieses Manifestes:

*„Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd verbündet. Der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten; wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre? Wo ist die Oppositionspartei, die den fortgeschritteneren Oppositionsleuten sowie den reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeschleudert hätte?“*

In ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte hat die KPD stets mit der gleichen Offenheit, der gleichen Konsequenz und dem gleichen Stolz ihre Grundsätze und Ziele vertreten. Selbst in solchen Zeiten, als jeder Kommunist, der sich zu ihnen bekannte, Freiheit und Leben in diesem Kampfe um das Glück unseres Volkes aufs Spiel setzte. Ein solcher Überblick ist dazu angetan, den hier vor wenigen Wochen vor dem Bundesverfassungsgericht von einem Regierungsvertreter unbedacht ausgesprochenen Satz zu einer unfreiwilligen, tiefen Wahrheit werden zu lassen — er lautete:

*„Die Kommunistische Partei Deutschlands hat sich nicht geändert und wird sich nicht ändern!“*

Der revolutionäre Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse beginnt am Vorabend der bürgerlichen Revolution von 1848. Zum Unterschied von Frankreich oder England war Deutschland noch immer durch Kleinstaaterei zerrissen und der Herrschaft der feudal-absolutistischen Reaktion unterworfen.

Marx und Engels sprachen schon vor der Revolution die Erkenntnis aus, daß die Lösung der nationalen Frage und die demokratische Umgestaltung Deutschlands die vordringlichste Zielsetzung der sich herausbildenden Arbeiterklasse sein müsse. Deshalb proklamierten sie in den „17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ u. a.:

*„Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.“*

*Allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle Deutschen. Besoldung der Vertreter des Volkes im Parlament, damit auch deutsche Arbeiter im Parlament des Volkes sitzen können.*

*Verstaatlichung der fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, der Bergwerke, Gruben, Eisenbahnen usw. Garantie der Existenzsicherheit der Werktätigen und der Sozialunterstützung der zur Arbeit Unfähigen durch den Staat.“*

Bis zum heutigen Tage sind wesentliche Teile dieser „17 Forderungen“ in der Bundesrepublik nicht erfüllt, und es gehört schon eine Kühnheit besonderer Art dazu, die Fortführung dieses Kampfes für diese Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes durch die KPD als „Tarnung“ bezeichnen zu wollen.

### **Seit 100 Jahren gemeinsam mit allen Patrioten für die Einheit Deutschlands**

Schon damals proklamierten Marx und Engels ausdrücklich die Bereitschaft der Partei der Arbeiterklasse, mit anderen Klassenkräften gemeinsam für die Verwirklichung der nationalen und demokratischen Aufgaben einzutreten. Die Herren Regierungsvertreter, die hier von „Tarnung“ reden, mögen im „Kommunistischen Manifest“ folgendes nachlesen:

*„In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei...“*

Gleichzeitig haben die Kommunisten von Anfang an offen erklärt, daß ihre Ziele weiter gehen als die Ziele der bürgerlich-demokratischen Revolution. Der erste Artikel des Bundes der Kommunisten lautet:

*„Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassegegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum.“*

Vor hundert Jahren, wie heute, wußte also die KPD und sprach es offen aus, daß die nationale Einheit und die Demokratie für unser Volk erkämpft werden müssen, bevor die Verwirklichung des Sozialismus möglich ist. Wie die Kommunisten von Anfang an die Begriffe „Demokratie“ und „Volkssouveränität“ ernst nahmen, das hätte die um die Unterdrückung außerparlamentarischer Aktionen so besorgte Regierung schon aus dem Artikel entnehmen können, in welchem Karl Marx am 31. Mai 1848 schrieb:

*„Das deutsche Volk hat sich in den Straßen fast aller großen und kleinen Städte des Landes, und speziell auf den Barrikaden von*

*Wien und Berlin, eine Souveränität erobert. Es hat diese Souveränität in den Wahlen zur Nationalversammlung ausgeübt. Der erste Akt der Nationalversammlung müßte sein, diese Souveränität des deutschen Volkes laut und öffentlich zu proklamieren.“*

Aber die Bourgeoisie in ihrer Angst vor der heranwachsenden proletarischen Bewegung verriet ihre eigene Revolution. Sie verbündete sich mit der preußischen Reaktion zur Niederschlagung der Volksmassen und zur Aufrechterhaltung der feudalistischen Kleinstaaterei. Sie war auch nicht gewillt, eine Partei bestehen zu lassen, die den nationalen und demokratischen Weg konsequent weiterverfolgte; deshalb erließ der damalige Deutsche Bundestag schon am 28. August 1851 einen Verfolgungsbeschuß zur „Bestrafung der Schuldigen, welche atheistische, sozialistische oder kommunistische oder auf den Umsturz der Monarchie gerichtete Zwecke verfolgen“.

Getreu der Anweisung führte die königlich-preußische Justiz im Jahre 1852 den Kölner Kommunistenprozeß durch und verurteilte die Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Freiheit und Frieden auf Grund gefälschter Polizei-Materialien des berüchtigten Stieber als „Hochverräter“. Der Auftrag dazu war von der politischen Spitze des Staates, aus der Hand Friedrich Wilhelms IV. in einem Brief vom 11. Mai 1850 an den Ministerpräsidenten von Manteuffel ergangen:

*„... der preußischen Publikum das langersehnte Schauspiel eines aufgedeckten kommunistischen Komplotts zu geben.“*

In diesem Brief gestand der König selbst ein, daß man diesen Plan „nicht gerade unter die lautereren klassifizieren könne“.

Die rasche Umwandlung Deutschlands aus einem Agrar- in ein Industrieland in den fünfziger und sechziger Jahren erforderte immer gebieterischer die Herstellung der staatlichen Einheit. Gleichzeitig stellte die steigende großindustrielle Entwicklung das ständig anwachsende Proletariat vor die Notwendigkeit, sich eine eigene Klassenpartei zu schaffen, die sich auf die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus stützte.

Die ursprünglichen „Arbeiterbildungsvereine“ waren unter führender Beteiligung von liberalen Bürgern, wie z. B. Sonnemann von der „Frankfurter Zeitung“, gegründet worden. Sehr bald erkannten jedoch die in ihnen organisierten Arbeiter die Notwendigkeit, sich vom Gängelband der Bourgeoisie zu lösen. Unter Führung von fortgeschrittenen Arbeitervertretern, wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht, machten sich die Arbeitervereine von der bürgerlichen Führung frei.

## 1869 wurde die SPD gegründet

Die Gründung der I. Internationale durch Marx im Jahre 1864 trug wesentlich zur Beschleunigung dieses Prozesses bei. 1869 entstand auf dem Eisenacher Kongreß durch Zusammenschluß der „Verbände der deutschen Arbeitervereine“ die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Führung von Bebel und Liebknecht. In dem Programm von Eisenach heißt es:

*„Die politische Freiheit ist unbedingte Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen. Ihre Lösung durch diese ist bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“*

Die Verbindung politischer und sozialer Forderungen im Kampfe der Arbeiterpartei gegen die Unterdrückungspolitik durch den Klassenstaat ist also — wie die Herren des Innenministeriums sehr wohl wissen könnten — von Anfang an eine Selbstverständlichkeit gewesen.

Die Schaffung der Reichseinheit jedoch wurde nicht entsprechend den Forderungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vollzogen. Wiederum aus Angst vor dem Proletariat gab die deutsche Bourgeoisie im sogenannten „Verfassungstreit“ von 1863 dem preußischen Junkertum den Weg frei. Begünstigt durch die von Lassalle betriebene Spaltung der Arbeiterbewegung konnte Bismarck mit seiner „Blut-und-Eisen“-Politik sein Ziel erreichen. Durch den Krieg von 1866, in dem Deutsche auf Deutsche schossen, und von 1870/71 gegen das französische Volk schuf er jenes preußisch-deutsche Reich, von dem Karl Marx sagt, daß es:

*„nichts anderes ist, als ein mit parlamentarischer Form verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militär-Despotismus“*

Der Widerstand gegen die preußisch-deutschen Kriegs- und Eroberungspläne führte nach 1870 zu ähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der marxistischen Arbeiterpartei und der Regierung wie heute. Am 26. November 1870 legten Bebel und Liebknecht dem Reichstag einen Antrag vor, in dem es heißt:

*„In Erwägung, daß der Krieg durch die Niederwerfung des französischen Kaiserreichs tatsächlich sein Ende erreicht hat; in Erwägung, daß der Krieg, welcher trotzdem seit dem 4. September geführt wird, nicht ein Krieg gegen die kaiserliche Regierung und die kaiserliche Armee, welche nicht mehr existieren, sondern ein Krieg gegen das französische Volk ist, nicht ein Verteidigungskrieg,*

*sondern ein Eroberungskrieg, nicht ein Krieg für die Unabhängigkeit Deutschlands, sondern ein Krieg für die Unterdrückung der edlen französischen Nation, beschließt der Reichstag, die verlangte Geldbewilligung für die Kriegsführung abzulehnen.“*

Seit mehr als 80 Jahren weiß die deutsche Arbeiterbewegung sehr genau um den Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Den Herren des Bonner Innenministeriums blieb es vorbehalten, der Verbotsklage zuliebe so zu tun, als hätte die KPD erst nach Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes derartige Thesen übernommen. Das Kaiserreich reagierte auf den Friedenskampf Bebels und Liebknechts nicht anders, als seine heutigen westdeutschen Nachahmer: Ein Garnisonskommandant verhaftete die Mitglieder des leitenden Ausschusses der marxistischen deutschen Arbeiterpartei. Bebel und Liebknecht wurden wegen „Hochverrats“ vor Gericht gestellt. Wie heute wurde die Theorie des wissenschaftlichen Marxismus als entscheidender Anklagepunkt behandelt. Und doch war es eben diese Theorie, die Wilhelm Liebknecht befähigte, vor dem Leipziger Schwurgericht jene Voraussage über das wilhelminische Kaiserreich auszusprechen, die der weitere Verlauf der deutschen Geschichte vollauf bestätigt hat. Sie lautet:

*„Auf dem Schlachtfeld geboren, das Kind des Staatsstreiches, des Krieges und der Revolution von oben, muß es ruhelos von Staatsstreich zu Staatsstreich, von Krieg zu Krieg eilen und entweder auf dem Schlachtfeld zerbröckeln oder der Revolution von unten erliegen.“*

Nachdem das damalige Gericht nach Wunsch der Regierung langjährige Festungsstrafen gegen die Führer der marxistischen Arbeiterpartei verhängt hatte, übergaben diese der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der es heißt:

*„Wenn wir schuldig sind, ist jede Partei schuldig, die nicht gerade am Ruder ist. Indem man uns verurteilt, ächtet man die freie Meinungsäußerung. Die Sozialdemokratie steht über dem Bereiche eines Schwurgerichts. Unsere Partei wird leben, wachsen und siegen. Wohl aber haben Sie, meine Herren Geschworenen, durch Ihr Verdikt das Todesurteil gefällt über das Institut der heutigen Schwurgerichte, die nichts sind, als Mittel der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung.“*

Auch diese Voraussage wurde durch die historischen Ereignisse der folgenden Jahre bestätigt. Trotz Ächtung der freien Meinungsäußerung und Klassenunterdrückung wuchs die Zahl der für die Sozialdemokratische Partei stimmenden Wähler bis 1877 auf eine halbe Million an. Und obwohl die Bourgeoisie 1878 zu dem ebenso verzweifelten wie nutzlosen Mittel des Verbots griff, war die sozialdemokratische Wähler-

schaft am Ende der Verbotszeit auf mehr als eineinhalb Millionen angewachsen. Schon 1886 konnte Bebel stolz von der Reichstagstribüne herunter verkünden:

*„Ich bin der Überzeugung, meine Herren, daß die Sozialdemokratie noch existiert, wenn der letzte der Väter des Sozialistengesetzes zu seinen eigenen Vätern versammelt ist, und ich bin überzeugt, daß die Sozialdemokratie nicht nur existiert, sondern blüht und gedeiht, wenn von dem System, das uns heute hudeit und büttelt, keine Spur mehr vorhanden ist. Sie dachten uns zu vernichten, wir aber werden sie besiegen.“*

Es wäre gut, wenn die Leiter der westdeutschen Bundesrepublik die historische Bedeutung und die tiefe Wahrheit dieser Worte überlegen würden, bevor sie versuchen, dieses System zu erneuern, das die KPD hudein und bütteln soll.

Wenn die Vertreter des Innenministeriums sich nicht damit abfinden wollen, daß die KPD es heute ablehnt, sich antidemokratischen Unterdrückungsmaßnahmen zu unterwerfen, so mögen sie aus dem Widerstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Bismarckzeit eine Lehre ziehen. Damals wie heute beharrte die Arbeiterklasse auf ihrem elementaren Recht, ihre Interessen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens — auch trotz Sozialistengesetz — weiterhin zu verteidigen. Der Parteitag 1880, der in der Schweiz durchgeführt werden mußte, beschloß ausdrücklich, mit allen Mitteln, auch mit denjenigen, die die reaktionäre Regierung für illegal erklärte, mit außerparlamentarischen Aktionen, den Kampf für die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse fortzuführen.

### **Bebel — ein Kämpfer gegen Militarismus und Kriegsgefahr**

Getragen von tiefstem Verantwortungsgefühl gegenüber der Nation, beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum 21. Februar 1887 den berühmten Aufruf, daß das Volk der Regierung, die eine Verstärkung des Militärs fordert,

*„jeden Mann und jeden Groschen verweigern muß“.*

Und August Bebel warnte:

*„Die Kriegsgefahr wächst mit der Größe der Heere und der Furchtbarkeit ihrer Ausrüstung, und findet ein Zusammenstoß dieser Riesenheere statt, so erfolgt eine Katastrophe, die alles weit hinter sich läßt, was Europa bisher erlebte.“*

25 Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges strafe der Führer der deutschen Arbeiterbewegung August Bebel bereits die Generale, Minister und Schlotbarone Lügen, die behaupteten, ihre Aufrüstung

diene dem Frieden. Welches Unglück wäre Deutschland und Europa erspart geblieben, wenn die marxistische Arbeiterbewegung sich damals schon gegen die Kanonenkönige hätte durchsetzen können. Und wie brennend aktuell ist diese Auseinandersetzung heute, da die KPD als Vertreterin der Tradition von Marx, Engels, Bebel und Liebknecht inner- und außerhalb dieses Gerichtsgebäudes denen gegenübersteht, die sich selbst als Rechtsnachfolger des Hohenzollernreiches bezeichnen.

Mit der Herausbildung des monopolistischen Kapitalismus um die Jahrhundertwende tritt das kapitalistische System in sein höchstes und letztes Stadium, den Imperialismus, ein. Damit mußte sich zwangsläufig der Kampf der Arbeiterpartei um Frieden und Demokratie verstärken. Die Konzentration der wirtschaftlichen Macht bei einer Handvoll Konzernherren brachte zwangsläufig auch die unmittelbare politische Einflußnahme der Monopole auf Regierung, Generalstab und Parlament mit sich.

Die Kolonialpolitik der Vergangenheit hatte zur Aufteilung der Welt unter die verschiedenen kapitalistischen Staaten geführt. Die in der kapitalistischen Entwicklung zuletzt gekommenen Staaten, wie Deutschland, Japan und Italien, drängten mit Macht auf eine Neuaufteilung der Welt, um Absatzmärkte und Rohstoffe zu erobern. Der verschärfte Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Staaten um die Neuaufteilung der Welt ließ somit die Kriegsgefahr in bisher ungeahntem Maße anwachsen.

Das werktätige deutsche Volk aber konnte sich mit dieser Entwicklung keineswegs einverstanden erklären. Wollte die herrschende Klasse ihre Zielsetzungen dennoch erreichen, mußte sie also den Volkswillen weitgehend auszuschalten suchen. Dafür schien ihr damals wie heute die Verfälschung des Wählerwillens am besten geeignet. Der Jenaer Parteitag der SPD im September 1905 erkannte darum mit der überwältigenden Mehrheit von 287 gegen 14 Stimmen bei zwei Enthaltungen die Notwendigkeit zur Anwendung aller Kampfmittel zur Sicherung der Grundrechte der Arbeiterklasse an. In seiner Resolution erklärte der Parteitag:

*„daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterschaft ist, jedes geeignete erscheinende Mittel zur Abwehr ausdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.“*

Das oberste Gremium der Sozialdemokratie, die demokratisch gewählte Vertretung der Gesamtpartei, wußte also schon vor einem halben Jahrhundert, daß die demokratischen Grundrechte dem imperialistischen System gegenüber nicht mit dem Stimmzettel allein gesichert werden können. Das Bonner Innenministerium aber möchte heute dem Bundesverfassungsgericht und der Öffentlichkeit vorreden, den politischen Streik und die außerparlamentarische Aktion gegen Willkürherrschaft und Kriegstreiberei hätte erst die KPD erfunden.

Von dem Ringen in der deutschen Sozialdemokratie um die Herausbildung einer wirklichen Kampfpartei, über die die Herren der Bundesregierung so entrüstet sind, zeugen u. a. die Worte, die August Bebel unter stürmischem Beifall der Delegierten auf dem Dresdener Parteitag der SPD 1903 prägte:

*„Ohne Einheit der Grundsätze und Überzeugung, ohne Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf, keine Möglichkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erfechten, wie wir sie erfochten haben und wie wir sie weiter erfechten wollen, auch wenn eine ganze Welt von Feinden sich gegen uns erhebt.“*

Bis heute blieb der Ruf berühmt, mit dem sich Bebel auf diesem Parteitag zur revolutionären Arbeiterklasse und ihren Zielen bekannte; er lautete:

*„Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen.“*

Bereits im Dezember 1905 fanden in Dresden Massendemonstrationen der Arbeiterschaft für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen und Sachsen statt.

### **Es ist Pflicht der Arbeiterklasse, die Aufrüstung zu verhindern**

Der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr trat mit Eintritt in die imperialistische Epoche immer mehr in den Vordergrund der Parteaufgaben. Die Herren der Bundesregierung sollten wissen, daß schon auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Stuttgart 1907 jene Resolution angenommen wurde, an der die spätere Mitbegründerin der KPD Rosa Luxemburg hervorragend beteiligt war und in welcher es hieß:

*„Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse, mit allen Kräften die Rüstung zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen. Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren Parlamentsvertreter in den beteiligten Ländern*

*verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern.“*

Will die Bundesregierung bestreiten, daß der Kampf der KPD gegen die Kriegstreiber, dessentwegen die KPD hier bereits vor Gericht steht, jenen alten, sozialistischen Beschlüssen entspricht, deren Verwirklichung unserem Volke Fürchterliches hätte ersparen können?

Allein die Veröffentlichung der Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus“ durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und späteren Mitbegründer der KPD Karl Liebknecht genügte, um den Antimilitaristen Liebknecht mit eineinhalb Jahren zu bestrafen. Am Ende dieser Politik aber standen Weltkrieg und Zusammenbruch. Möge dies weder das deutsche Volk noch das Bundesverfassungsgericht vergessen!

Die Ziele, die Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Franz Mehring der deutschen Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volke gewiesen hatten, wurden nicht erreicht. Der Weltkrieg brach aus, der unser Volk in unsägliches Elend stürzte, während eine Handvoll Nutznießer dabei ihren Reichtum und ihre Macht vermehrten.

Im Jahre 1916, als der Kaiser Herrn Dr. Adenauer zum Oberbürgermeister von Köln ernannte, wurde der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht wegen Landesverrats vor Gericht gestellt, weil er dem deutschen Volk gesagt hatte:

*„Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk!“*

Am 26. Juni 1916 erklärte Karl Liebknecht, der später zusammen mit Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands gründete, voll Stolz vor dem Kriegsgericht:

*„Den Vorwurf des Landesverrats schleudere ich denen zurück, die diesen räuberischsten aller Raubkriege in schnöder Weise und unter einer infamen Regie um ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen willen entfesselt haben und weiter führen; denen die Verelendung ganz Europas zur Last fällt; an deren Händen das Blut von Millionen klebt; denen, die sich bei ihrer Anklage gegen mich in der Kumpanei der schlimmsten Kriegshetzer des feindlichen Auslandes befinden, und die noch immer nicht einmal den Mut aufbringen, die Konsequenz ihrer eigenen Beschuldigung gegen mich zu ziehen. Wo heute*

*noch die wirklichen Landesverräter sitzen — nicht auf der Anklagebank —, das habe ich am 3. Juni gezeigt.“*

Wie recht hatte Sumner Welles, als er in seinem Buch „Time of Decision“ feststellte:

*„Hätte es genug Liebknechts in Deutschland gegeben, dann würde sich Deutschlands Zukunft und die der Welt anders gestaltet haben.“* („Time of Decision“, New York 1945)

In seinem Eroberungsdrang hatte das wilhelminische Deutschland im Weltkrieg immer größere Forderungen an die Soldaten an der Front und an die Bevölkerung im Hinterland gestellt. Immer stärker aber zeigte sich die Friedenssehnsucht der Massen, immer häufiger wurden Widerstandsaktionen gegen die Fortsetzung des Krieges und für den sofortigen Friedensschluß.

Schließlich standen die herrschenden Klassen vor dem offenen Zusammenbruch: Ludendorff erklärte im Auftrag der obersten Heeresleitung die Notwendigkeit des unverzüglichen Waffenstillstandes. Reichskanzler Max von Baden wurde beauftragt, einen Ausweg zu finden.

### **Die Revolution des Volkes beendete 1918 den Krieg**

In den Novembertagen 1918 beendete die Revolution, getragen von der überwältigenden Mehrheit des Volkes, das Blutvergießen für Deutschland. Der Aufstand der Volksmassen und die von ihnen spontan gebildeten Räte zeigten, daß sich in Deutschland eine neue Entwicklung anbahnte. Diese Bewegung war die größte demokratische Friedensbewegung und zugleich die größte, die Deutschland bisher gesehen hatte. Aber schon die Beendigung des Krieges durch die revolutionären Arbeiter war nach Ansicht der Reaktion ein Verbrechen. Der heutige Regierungsvertreter Herr Ritter von Lex brachte es fertig, im Hitlerschen Reichstag am 23. März 1933 von der „schmachvollen Revolution von 1918“ zu sprechen. So wie er dachten die Krupp, Thyssen, Stinnes und ihre Werkzeuge, wie Hitler, Ludendorff, Schacht und Papen.

Es muß sehr zu denken geben, daß der jetzige Verbotsprozeß gegen die KPD nicht zuletzt dadurch charakterisiert wird, daß aus den gleichen Kreisen, die nicht an der Herbeiführung, Ausweitung und Verlängerung des ersten Weltkrieges, sondern in der Erhebung der Volksmassen gegen die Imperialisten und Militaristen in der Novemberrevolution von 1918 ein Verbrechen sahen, heute wiederum gegen die KPD, in deren Reihen diejenigen standen, die für die Ziele der Revolution ihr Leben einsetzten, aufgetreten wird.

## Feige verkrochen sich die Schuldigen

Feige verkrochen sich die Schuldigen bei Ausbruch der Revolution, so wie wir es in Deutschland 1945 zum zweiten Mal erlebten. Die Volksmassen trafen auf keinen Widerstand, sie glaubten, das Ziel sei erreicht. Sofort begannen die opportunistischen Elemente in der Arbeiterbewegung, gegen die Marx, Bebel, Liebknecht und Luxemburg seit Jahrzehnten kämpften, den Massen im Interesse der Bourgeoisie einzureden, der Stimmzettel und die Nationalversammlung allein würden Frieden und Volksherrschaft sichern, ja, sogar den Sozialismus herbeiführen.

Dieses Verwirrungsmanöver wurde ergänzt durch das Vorgehen der um ihre Profite bangenden Schwerindustrie, die sich den politischen und militärischen Schutz ausländischer imperialistischer Mächte zu sichern suchte: Am 5. Dezember 1918 meldete das Zentralorgan der SPD, der Berliner „Vorwärts“, daß am Vortage eine Versammlung in Köln am Rhein den Beschluß gefaßt hatte, eine selbständige Rheinisch-Westfälische Republik zu gründen, angeblich wegen der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen. Organisator und Sprecher dieser Versammlung war Herr Dr. Konrad Adenauer.

Die deutsche Geschichte von 1918 beweist, daß die demokratisch getarnten Feinde der sozialistischen Arbeiterbewegung wesensgleich und oft personengleich mit den späteren Hitlerfaschisten waren. Gestützt auf die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus und auf die heiße Liebe zum deutschen Volk, kämpfte die revolutionäre Arbeiterschaft deshalb vom ersten Tage an um die Zuendeführung der bürgerlichen Revolution und um die Vernichtung der ökonomischen und politischen Machtgrundlagen des Imperialismus.

Nur dieser Kampf konnte Deutschland den Frieden erhalten. Das am 14. Dezember 1918 in der „Roten Fahne“ veröffentlichte, von Rosa Luxemburg entworfene Programm des Spartakusbundes enthielt die Richtlinien für diesen Kampf. Es wurde, als der Spartakusbund auf dem Gründungsparteitag vom 30. 12. 1918 bis 1. 1. 1919 seine organisatorischen Beziehungen zur USPD löste und sich unter Einbeziehung anderer revolutionärer Arbeitergruppen als selbständige Partei unter dem Namen „Kommunistische Partei Deutschlands“ konstituierte, zum Programm der neugegründeten Partei erhoben. In ihm wurde festgestellt:

*„Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: Entweder unter Druck des Kapitalismus neuen Krieg und baldigsten Untergang im Chaos und in der Anarchie, oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.“*

Die Gründung der KPD stellt eine wahrhaft nationale Tat dar. Der Weg, den das Programm wies, entsprach den Lebensinteressen der Nation. Er bedeutete die Abkehr vom Wege des Völkerhasses, des Militarismus und des Krieges, die Hinwendung zum Frieden, zur Freiheit, zur nationalen Unabhängigkeit, zur wahren Demokratie, zu Fortschritt und Wohlstand.

Aber dennoch litt und leidet Deutschland bis heute darunter, daß die Kommunistische Partei erst zu einem späten Zeitpunkt gegründet wurde. Die ein Jahrzehnt vor Kriegsausbruch geschaffene bolschewistische Partei in Rußland vermochte es, ihr Volk beim Zusammenbruch des Zarismus endgültig von der Herrschaft der Ausbeuter und Militaristen zu befreien. In Deutschland dagegen erfolgte die Gründung der KPD so spät, daß die Konterrevolution ihre Machtpositionen neuerlich festigen und Deutschland ein zweites Mal in einen Weltkrieg stürzen konnte.

Vom ersten Tag an begriff die Reaktion, daß eine Partei, die den Volksmassen mit ihrem Programm diese Ziele und zugleich den Weg zu ihrer Verwirklichung wies, die mächtigste Kraft zum Sturze des Imperialismus ist; mit grimmigstem Haß und blutigster Verfolgung gingen die in- und ausländischen Kriegsinteressenten darum gegen die junge KPD vor.

Im Jahre 1919 wurde der linkssozialistische Berliner Polizeipräsident Eichhorn abgesetzt, um die Arbeiter zum Widerstand zu provozieren und ihre revolutionäre Vorhut blutig niederschlagen zu können. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Gründer und Vorsitzenden der KPD, wurden in diesen Tagen durch die Söldner der Gardekavallerie-Division vielmals ermordet. Herr Kriegsgerichtsrat Horns deckte die Mörder — und wurde dafür Reichsanwalt der Weimarer Republik. Wer vermöchte die Ähnlichkeit zur Jetztzeit übersehen, da die Mitglieder der Mörderorganisation BDIJ von der Bundesanwaltschaft ohne Anklageerhebung auf freien Fuß gesetzt wurden.

Aber diese Mordtaten konnten den unaufhaltsamen Vormarsch der KPD, das Wachsen ihrer Anhängerschaft, die Festigung ihrer Organisation und die Steigerung ihrer Aktivität trotz Belagerungszustand und zeitweiligen Parteiverbotes nicht aufhalten. Als konsequente Vertreterin der nationalen Interessen des deutschen Volkes trat die KPD vom ersten Tage an ohne Schwankungen gegen das schändliche Diktat von Versailles auf, weil es unter dem Anschein, den Weltkrieg zu beenden, in Wirklichkeit die Keime zu einem neuen Weltkrieg in sich trug. Die KPD zeigte mit ihrer Losung des Bündnisses mit der jungen sozialistischen Sowjetrepublik Rußland, die den Versailler Diktat-Frieden nie anerkannt und unterschrieben hat, den Weg, wie Deutschland ohne

Revanche Krieg und ohne neues Blutvergießen sich seine Unabhängigkeit und Freiheit in Frieden erringen könne. Der Kampf gegen das Versailler Diktat zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der KPD bis zur Veröffentlichung des „Programms der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands“ im Jahre 1930 und der antifaschistischen Aktion 1932.

Am 13. Januar 1920 hatte die Reichsregierung der angeblich demokratischen Reichswehr noch ermöglicht, unter den für ein fortschrittliches Betriebsrätegesetz demonstrierenden Arbeitern ein Blutbad anzurichten, das 42 Tote und mehr als hundert Verletzte forderte. Aber schon am 13. März schlugen zahlreiche Verbände derselben Reichswehr — gemeinsam mit illegalen Banden der sogenannten Freikorps — unter monarchistisch-faschistischer Führung gegen die Regierung los, die von Berlin nach Stuttgart flüchten mußte. Seite an Seite mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern aber verteidigte die KPD die demokratische Republik gegen deren eigene angebliche Schutztruppe und gegen die Putschisten des Herrn Kapp.

Der politische Generalstreik und eine von der Arbeiterschaft spontan gebildete Rote Ruhr-Armee jagte den faschistisch-militaristischen Spuk zum Teufel, und zum Dank dafür ließ die nach Berlin zurückgekehrte Regierung unter offenem Bruch ihrer im Bielefelder Abkommen gegebenen Zusage unzählige Arbeiterfunktionäre durch die wieder in Gnaden aufgenommenen Reichswehroffiziere niedermetzeln. Der heutige CDU-Abgeordnete Ernst Lemmer mußte selbst vor Gericht über einen solchen Massenmord der Marburger Zeitfreiwilligen Zeugnis ablegen.

Geduldig und beharrlich blieb die KPD bemüht, die deutsche Arbeiterklasse und auch bürgerliche Kreise für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Interesse Deutschlands und im Interesse einer festen europäischen Friedenspolitik zu gewinnen. Als schließlich die Reichsregierung 1922 den Rapallo-Vertrag abschloß, wurde Deutschland erstmals wieder aus einem Objekt der Siegermächte zur selbständig handelnden Macht, die Blockadepolitik des Westens war durchbrochen. Die Konsequenz der Politik der Kommunistischen Partei muß heute — ein Menschenalter später — in die Augen springen:

Wieder ist die Sowjetunion bereit, unserem Lande zu einer selbständigen nationalen Position in der Welt zu verhelfen, und wieder trifft haßerfüllte Verfolgung alle Deutschen, die diesen Weg beschreiten wollen, wie damals, als Reichsaußenminister Rathenau den von der Schwerindustrie gekauften Meuchelmördern zum Opfer fiel.

Unmittelbar vor dem Rathenau-Mord hatte die KPD in einem Offenen Brief gefordert:

*„Die Kommunistische Partei erachtet es für die Pflicht aller Arbeiterorganisationen, an der Herstellung einer geschlossenen Abwehrfront der Arbeiterklasse mitzuwirken.“*

Ungeheure Empörung erfaßte das Volk, als der Reichsaußenminister, wie zuvor schon der Zentrumsminister Mathias Erzberger, von den Faschisten gemeuchelt wurde. Die KPD forderte damals:

*„Es darf jetzt nicht nachgelassen werden, bis alle reaktionären Organisationen vernichtet sind, bis alle Nester der Reaktion in Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei ausgeräumt sind, bis die Reaktion vollständig niedergeworfen ist.“*

Dieser Kampf der KPD war auf die Errichtung eines demokratischen Deutschlands gerichtet. Der heutige Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte hat dieselbe Ursache, dasselbe Ziel und dieselben Feinde wie damals und ist ebenso gerecht.

Als Poincaré 1923 die französischen Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren ließ, rief die KPD gemeinsam mit den Kommunistischen Parteien Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei die Völker zum Widerstand, zur Verteidigung des Friedens und der nationalen Rechte Deutschlands auf. In dem Aufruf hieß es:

*„Arbeiter Frankreichs, erhebt gemeinsam mit aller Macht Eure Stimme gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, gegen jeden Versuch der Zerstückelung Deutschlands, gegen die Ausbeutung der deutschen und französischen Arbeiter durch die vereinigten Kapitalisten.“*

Die Kommunistischen Parteien in Deutschland und Frankreich betrieben gemeinsam die antimilitaristische Propaganda unter den Besatzungstruppen. In Duisburg und Dortmund marschierten französische Soldaten an der Spitze deutscher Arbeiterdemonstrationen unter dem Gesang der „Internationale“. Währenddessen verhandelten die Agenten eines Stinnes mit dem französischen Großbankier Loucheur über den Einsatz seiner Truppen gegen deutsche Arbeiter, schloß der Konzernmagnat Otto Wolf seinen landesverräterischen Vertrag mit den Franzosen, fanden unter Führung des Großbankiers Louis Hagen in Koblenz Verhandlungen mit General Tirard statt, an denen Herr Dr. Adenauer sich beteiligte.

An der Spitze des nationalen Widerstandskampfes schlugen die Kommunisten den rheinischen Separatismus nieder. Ernst Thälmann berichtete darüber vor dem Reichstag am 28. August 1924. Es heißt:

*„Am 30. September 1923, als der Separatistentag in Düsseldorf stattfand, als nachmittags die Kommunisten dazu übergingen, die Separatisten aus Düsseldorf herauszuschlagen, sah man bereits, daß in der gesamten Bevölkerung ein Gefühl der Befreiung aufflammte, ein Gefühl der Befreiung von den Separatistenbanden, die in den verschiedensten Teilen des besetzten Gebietes monatelang ihr Unwesen treiben konnten.“*

Die Kommunisten an der Spitze der Arbeiterschaft waren es, die in Duisburg, in Krefeld, in Mönchen-Gladbach, in Neuß, Aachen, Düren und vielen anderen Orten die bewaffneten Separatistenbanden niederschlugen. Mögen die Herren der Regierungsvertretung, die die nationale Politik der KPD als Tarnung bezeichnen, doch einmal hier vor Gericht darlegen, was Herr Dr. Adenauer zur damaligen Zeit gegen den Separatismus unternommen hat.

### SPD-KPD-Regierung in Sachsen und Thüringen

Im Oktober 1923 kam es auf Grund der Linksentwicklung im Volke zur Bildung sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheitsregierungen in den Landesparlamenten von Sachsen und Thüringen. Selten wurde so deutlich wie damals bewiesen, wie zynisch die angeblich demokratischen Imperialisten Wahlergebnisse und parlamentarische Beschlüsse durch Gewalt beseitigen, wenn sie ihren Machtinteressen nicht entsprachen. Unter Außerkraftsetzung der Verfassung marschierte die Reichswehr in Sachsen und Thüringen ein, die parlamentarisch gewählten Regierungen wurden gewaltsam abgesetzt, Hunderte von Arbeiterfunktionären ermordet und eingekerkert. Die Gewaltaktionen stützten sich auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung, als dessen Gegenstück Herr Dr. Adenauer jetzt einen ähnlichen Diktaturparagrafen unter der Bezeichnung „Notstandsrecht“ in das Grundgesetz einbauen möchte. Wieder einmal wurde der Arbeiterklasse vordemonstriert, wie selbstmörderisch es ist, sich allein auf Stimmzettel und Parlament zu verlassen. Die KPD wurde bis April 1924 verboten. Deutschland befand sich endgültig in der Gewalt jener Kräfte, die den ersten Weltkrieg verschuldet hatten und die sich nunmehr ansehten, ein zweites Mal ihre imperialistischen Herrschaftsansprüche geltend zu machen.

Mit der Niederwerfung der revolutionären Arbeiterschaft, mit der Währungsstabilisierung und mit dem Hereinfließen ausländischer Kredite an die Banken und die Schwerindustrie war 1924 eine kurz-

fristige Konjunkturperiode — ähnlich wie heute — angebrochen. Die KPD, die, gestützt auf die Sympathie breiter Volksmassen, sehr bald die Aufhebung des Parteiverbotes erkämpfen konnte, warnte unermüdlich unser Volk vor den Illusionen, die die Kapitalisten über den von ihnen gepriesenen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzeugen versuchten. Sie wies darauf hin, daß hinter diesem Aufschwung nur die neue Krise und die Vorbereitung eines zweiten imperialistischen Weltkrieges laueren. Die damaligen Herrscher Deutschlands, die mit den heutigen Repräsentanten des Bonner Regimes wesensgleich sind, ließen die Kommunisten, deren Vorhersagen und Warnungen durch die Geschichte nur allzu sehr bestätigt wurden, verfolgen. Das Reichsgericht und die von ihm abhängigen Instanzen wandten das nach dem faschistischen Mord an Rathenau geschaffene Republiksschutzgesetz nicht gegen die Faschisten, sondern gegen die marxistische Arbeiterbewegung an. In den zwölf Monaten des Jahres 1924 verurteilte das Reichsgericht mehr Sozialisten, als in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890. Im Jahre 1925 wurden 2 620 Arbeiter auf Grund des Republiksschutzgesetzes angeklagt, mehr als 1 850 Jahre Freiheitsstrafe verhängt. 1926 waren es bereits 2 718 angeklagte Arbeiter, und dann stieg diese Zahl Jahr für Jahr. Selbst der als Antikommunist bekannte frühere Justizminister Wolfgang Heine schrieb darüber 1926 in der Fachzeitschrift „Die Justiz:

*„Die Ausdehnung des Begriffes ‚Vorbereitung zum Hochverrat‘ ist ein direkter Verstoß gegen das Gesetz. Die kriminalistische Ausnutzung der Zugehörigkeit zur kommunistischen Funktionsorganisation führt unmittelbar zu einer Bestrafung der Gesinnung.“*

1927 schrieb Alfred Obornicker in derselben Zeitschrift, daß man *„die unhaltbaren und gefährlichen Urteile des Reichsgerichts bekämpfen“*

muß, die gegen Kommunisten gefällt werden. Sie, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, können unschwer den Vergleich ziehen zwischen dem, was heute in den Zehntausenden politischen Verfahren gegen Kommunisten und andere Friedensfreunde in Westdeutschland geschieht und der Methode, mit der das damalige Reichsgericht der Faschisierung Tür und Tor öffnen half.

Getreu ihrem nationalen Freiheitskampf gegen das Versailler Diktat, verurteilte und bekämpfte die KPD in jenen Jahren den Dawes-Plan, durch den die herrschenden Kreise Deutschlands Unabhängigkeit für ausländische Kredite verkauften.

Die einseitige Westorientierung der herrschenden Kreise in Deutschland führte zu einer weiteren Bedrohung der Existenz der deutschen Nation, zum Abschluß des Locarno-Paktes. In diesem Vertragswerk

werden die Ostgrenzen Deutschlands absichtlich nicht garantiert, um auf diese Weise die Angriffslust der deutschen Militaristen und Konzernherren gegen die Sowjetunion und die übrigen östlichen Nachbarn zu lenken. Mit jener Folgerichtigkeit, die nur der KPD auf Grund der marxistischen Erkenntnisse von den Entwicklungsgesetzen der Klassengesellschaft möglich ist, sagte der Führer der Kommunistischen Partei schon im Jahre 1925 die Ereignisse von 1939 voraus, die sich als Folgen dieser Politik ergeben mußten.

*„Was hier von der deutschen Bourgeoisie im stillen organisiert wird, kann morgen zu einem ungeheuer blutigen Abenteuer werden. Die deutschen Arbeiter müssen achtgeben, daß die Versuche der deutschen Bourgeoisie zur Rückeroberung der verlorengegangenen Ostprovinzen nicht die Einleitung zum nächsten Krieg bedeuten. Die deutschen Arbeiter müssen ihr Augenmerk darauf lenken, wie die Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie wachsen, durch den polnischen Korridor in einen neuen Krieg hineinzutaumeln.“*

Die Nichtbeachtung dieser Warnung hat nicht nur Deutschland, sondern alle Völker unsägliche Blutopfer gekostet. Es gilt, sie jetzt mit aller Eindringlichkeit in Erinnerung zu rufen. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein westeuropäisches Kriegspaktssystem durch den Kurs der Adenauer-Regierung ist verbunden mit der Schaffung einer neuen Kreuzzugsideologie mit dem Ziele der Rückeroberung der durch den Hitlerkrieg verlorenen Ostgebiete.

Von den USA her brach die Weltwirtschaftskrise 1929 mit all ihren katastrophalen Folgen über Deutschland herein, wie es die KPD seit Jahren warnend vorhergesagt hatte. Nur die Sowjetunion als sozialistischer Staat widerstand erfolgreich der Krise; sowjetische Aufträge retteten Hunderttausende deutscher Arbeiter vor der Massenarbeitslosigkeit.

Die Herren der Schwerindustrie wälzten die Folgen der Krise rücksichtslos auf die werktätigen Massen ab. Um den Widerstand der Massen zu brechen und die Rüstungsmaßnahmen für den seit langem geplanten Krieg verstärkt durchführen zu können, bereiteten sie planmäßig die Aufrichtung der faschistischen Diktatur vor. Das war der einzige Ausweg, den das deutsche Monopolkapital sah, um aus der Krise herauszukommen.

### **Die Politik der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands**

Die Kommunistische Partei mobilisierte immer wieder die Arbeiterschaft zum Kampf gegen Lohnabbau und soziale Unterdrückung. In den Krisenjahren traten die Auswirkungen der Dawes-Politik und de-

Young-Planes besonders verhängnisvoll in Erscheinung. Sie vertieften noch das Elend, in das unser Volk durch die Krise gestürzt wurde. Neben die doppelte Ausbeutung durch die eigenen und die amerikanischen Konzernherren trat der völlige Zusammenbruch zahlloser Betriebe auf Grund der Kreditpolitik. Das war die von Ernst Thälmann schon in seiner Reichstagsrede gegen den Dawes-Plan vorausgesagte Folge der Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom amerikanischen Monopolkapital. Die Bestätigung ihrer Voraussagen gibt der KPD das historische Recht, auch heute wieder die volksfeindlichen Ziele des Marshall-Planes, der Montanunion und der damit in engstem Zusammenhang stehenden „Europa-Politik“ aufzudecken. Die KPD beschränkte sich nicht auf bloße Hinweise, sondern setzte der Politik der Abhängigkeit von den USA und der Großzüchtung des Hitlerfaschismus am 24. August 1930 ihr „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ entgegen. Sie rief damit die Massen zum konsequenten Kampf gegen den Faschismus und seine inner- und außerdeutschen großkapitalistischen Hintermänner auf. Es hieß darin:

*„Der nationalsozialistischen Demagogie stellt die KPD ihr Programm gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen entgegen.“*

In den Volksmassen vollzog sich ein gewaltiger Klärungsprozeß. Die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei Deutschlands wuchs ständig, und im September 1930 konnte sie auf Grund ihrer nationalen und sozialen Politik bereits 4,6 Millionen Wähler und 76 Reichstagsitze erringen.

Schwerindustrie und Hochfinanz, die ihre Herrschaft über das Volk nicht aufzugeben bereit waren, finanzierten daraufhin die Hitlerpartei, um jeden Widerstand im Volke gegen die Vorbereitung und Durchführung des geplanten Krieges durch Terrorisierung der Volksmassen ersticken zu können. Das Ruhrkohlsyndikat unter Kirdorf beschloß, pro Tonne Kohle 5 Pfennig an die Parteikasse Hitlers abzuführen. Das waren jährlich rund 6 Millionen RM allein von dieser Monopolvereinigung. Der Stahlmagnat Thyssen finanzierte nach eigenem Geständnis 1930 den Ankauf des „Braunen Hauses“ in München. Arnold Rechberg vom Kali-Syndikat warb und sammelte für Hitler und ein antisowjetisches Kriegsbündnis. Im Bunde mit den deutschen Kriegstreibern finanzierten und unterstützten ausländische Rüstungsindustrielle, wie Henry Ford und Sir Henry Deterding, die Hitlerpartei.

Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, wie heuchlerisch die Anschuldigungen gegen die KPD sind, soweit sie sich auf den Punkt „Organisierung außerparlamentarischer Aktionen“ beziehen. Den Herren, die ihre Millionenvermögen außerparlamentarisch einsetzten, um die

deutschen Wähler unter die Knute der SS und Gestapo zu bringen, wurde kein Haar gekrümmt. Die Wehrwirtschaftsführer Hitlers, wie Pferdenges und Abs, spielen heute auf den Parteitag der größten Regierungspartei eine führende Rolle. Die außerparlamentarische Aktion der Rüstungsindustrie gegen das Bekenntnis des deutschen Volkes zum Frieden und zur Wiedervereinigung hat längst wieder begonnen. Das Wahlergebnis zum zweiten Bundestag wurde durch Millionenspenden der Kanonenkönige für CDU-Propaganda beeinflußt, wie 1930 bis 1933 zugunsten der NSDAP. Der Unterschied ist nur der, daß die Bonner Regierungsparteien es erstmalig fertigbrachten, nach Erhalt dieser Gelder den Rüstungskonzernen zu gestatten, diese politischen Korruptionsmittel von ihrem Steueraufkommen abzusetzen!

### Unser Programm ist einfach

Am 11. Oktober 1931 wurde ganz offiziell vor aller Welt in der „Harzburger Front“ das Bündnis der Totengräber Deutschlands beschlossen: Hitler, Hugenberg, Dr. Schacht, der Stahlhelmführer Seldte, Generaldirektor Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken demonstrieren ihren gemeinsamen Willen zur Ausrottung der Arbeiterbewegung, zur Erdrösselung der demokratischen Freiheit in Deutschland und zur Aufrüstung um jeden Preis. Diesen Feinden der Nation und ihren Zielen gegenüber verkündete der Abgeordnete Fritz Heckert im deutschen Reichstag am 15. Oktober 1931 im Auftrag des Zentralkomitees:

*„Unser Programm ist einfach. Unser Programm auf außenpolitischem Gebiete lautet: Brüderliches Bündnis mit allen Arbeitenden, mit allen Werktätigen und Arbeitsgemeinschaft mit der sozialistischen Sowjetrepublik, Annullierung des Versailler Friedensvertrages und aller Tribute, die sich aus dem Young-Plan und den anderen Abmachungen ergeben.“*

Mit Recht hob Ernst Thälmann 1932 hervor, daß die KPD auf ihre Rolle im Kampf gegen Versailles „als einzige Partei des entschlossenen und ehrlichen revolutionären Kampfes für die nationale Befreiung des werktätigen deutschen Volkes“ stolz sein könne. Es hieß:

*„Man kann nicht gegen das Versailler System kämpfen, wenn man eine wütende Hetze gegen die einzige Regierung der Welt führt, die den Versailler Schandvertrag, den Dawes-Plan und den Young-Plan nicht unterzeichnete, sondern von Anfang an auf das allerschärfste bekämpft hat: die Regierung der Sowjetunion...“*

Als Antwort auf die Verschärfung des faschistischen Terrors rief am 10. Juli 1932 das Zentralkomitee der KPD die deutsche Arbeiterklasse dagegen zur „antifaschistischen Aktion“ auf.

Die „antifaschistische Aktion“ wollte, um die breiteste Front gegen den Faschismus zu errichten, alle antifaschistisch gesinnten Kräfte, ungeachtet ihrer Meinungsverschiedenheiten, zum Kampf gegen den Faschismus sammeln.

In dem Manifest, dessen Feststellungen durch die Geschichte ebenso erwiesen wurden, wie die Warnung der KPD vor der Wahl Hindenburgs, heißt es:

*„Galgen und Zuchthäuser des Faschismus bedrohen das deutsche Proletariat und die Werktätigen in Stadt und Land, wenn nicht der antifaschistische Freiheitskampf die verbrecherischen Anschläge aller Volksfeinde zunichte macht.“*

Knapp eine Woche später, am 20. Juli, führte Herr von Papen, der Parteifreund der Herren Dr. Adenauer und von Lex, seinen Staatsstreich durch und verhängte den Belagerungszustand über Berlin, um jede außerparlamentarische Verteidigung der Demokratie unmöglich zu machen, wie das Herr Adenauer heute wieder will. Die KPD rief zum politischen Massenstreik auf.

Die KPD richtete an die SPD, an die Gewerkschaften die Aufforderung, gemeinsam den Generalstreik durchzuführen. Heute kann niemand mehr bestreiten, daß eine solche Aktion die Demokratie gerettet und Deutschland und die Welt vor dem zweiten Weltkrieg bewahrt hätte.

In den folgenden Monaten überstürzten sich die Ereignisse. Was heute durch „Notstands-Paragraph“ und Verfassungsänderung erreicht werden soll, wurde damals mit Notverordnungen gemacht: Unsoziale Maßnahmen gegen Arbeiter, Arbeitslose und Rentner, Versammlungsverbot, Zeitungsbeschlagnahmungen, Gefängnis- und Zuchthausurteile gegen Kommunisten jagten einander, während Stahlhelm und SA und militaristische Bünde mit staatlicher Unterstützung marschierten. Wie zum Hohn auf den Glauben an die Verteidigung der Verfassung durch Regierung und Justiz, ließ der Staatsgerichtshof den sozialdemokratischen Preußenminister im Stich, als er gegen den Staatsstreich Papens Klage erhob. Auch die Justiz beteiligte sich daran, die Demokratie von oben her abzuwürgen.

Im Jahre 1932/33 unternahm die KPD, gemeinsam mit der kommunistischen Partei Frankreichs, trotz aller Verbote der Regierungen in Berlin und Paris eine groß angelegte Aktion zur Bekämpfung der heranziehenden Kriegsgefahr. Maurice Thorez, der Führer der französischen Kommunisten, sprach auf einer gewaltigen Massenkundgebung in Berlin gegen den Versailler Vertrag und für eine echte deutsch-französische Verständigung; Ernst Thälmann sprach im gleichen Sinne auf einer Massenkundgebung in Paris.

Die auf die Erhaltung des Friedens und auf die Zerschlagung der räuberischen Absichten des Faschismus gerichtete Politik der KPD fand immer größere Zustimmung im deutschen Volk. Bei der Reichstagswahl vom 6. 11. 1932 errang die KPD trotz verschärften Terrors 6 Millionen Stimmen, während die von der Hochfinanz, von der Papen-Regierung, der Polizei und der Justiz in jeder Hinsicht begünstigten Hitlerfaschisten 2 Millionen Stimmen einbüßten. Die danach folgenden Landtagswahlen brachten Schlag um Schlag — besonders in Thüringen — weitere Niederlagen der Hitleranhänger, weitere Wahlsiege der KPD. Darauf gerieten die Magnaten der Schwerindustrie und Hochfinanz in Panik. Sie befürchteten, daß die von ihnen finanzierte faschistische Bewegung sich vollends zersetzen würde, wenn man die Übergabe der Macht an Hitler noch länger hinauszögern würde. Deshalb setzten sie alles daran, Hitler schnellmöglich in den Sattel zu heben. In der Kölner Villa des Bankiers von Schröder, des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Köln, der in den Aufsichtsräten von 25 Aktiengesellschaften saß und durch das Bankhaus Schröder in New York familiäre Beziehungen zu dem amerikanischen Finanzkapital unterhielt, führten Thyssen, Papen und Hitler am 5. 1. 1933 Besprechungen, die zusammen mit den Abmachungen zwischen Vertretern des Monopolkapitalismus und den Faschistenhäuptlingen Hitler, Heß und Göring im Hause Kirdorfs zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. 1. 1933 führten.

Es waren die Kommunisten, die dieses Zusammengehen zwischen deutschen und ausländischen Monopolkapitalisten und Faschisten aufdeckten. Treffend bemerkte Walter Ulbricht:

*„So wurde Hitlers Machtübernahme von denselben imperialistischen Kriegstreibern vorbereitet, die Deutschland schon in das Unglück des ersten imperialistischen Krieges getrieben hatten und die an der Inflation sowie an der Wirtschaftskrise von 1929/32 schuldig waren.“*

Erneut rief die KPD zum politischen Massenstreik, zum Generalstreik und wandte sich öffentlich an SPD, ADGB und christliche Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam die faschistische Diktatur zu stürzen. Aber ähnlich wie heute lähnten diese durch die Losung, man solle sich auf den parlamentarischen Kampf beschränken, den Kampf der Arbeiterklasse.

### **Der heldenmütige Kampf der KPD gegen den Hitlerterror**

Die Jahre der Hitlerbarbarei waren in der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands die Zeit der höchsten Bewährung. Mit unvergleichlichem Heldenmut kämpfte die Partei unter Einsatz von Blut

und Leben jedes einzelnen Mitgliedes darum, Deutschland von dem Abgrund zurückzureißen, an den es die Rüstungsmagnaten und Militaristen brachten, die mit Hitler ihre offene Diktatur errichteten. Wenn hier in diesem Saale ein Vertreter der Regierung zu sagen wagte, vor der Wiedererringung ihrer Legalität 1945 habe die KPD ja keine Bewährungsprobe abgelegt, so kann ihm nicht einmal Unwissenheit zugute gehalten werden. Es gibt keinen Deutschen, der sagen kann, er habe 1945 nicht gewußt, daß die Kommunisten die kompromißlosesten und mutigsten Gegner des Hitlerverbrechens waren — keiner kann das ernsthaft bestreiten.

Nach dem Vorbild der preußischen Reaktion des vergangenen Jahrhunderts gingen die Hitler und Goebbels unverzüglich daran, „dem Publikum das langersehnte Schauspiel eines aufgedeckten kommunistischen Komplotts zu geben“ — indem sie durch ihre eigenen SA-Banden das Reichstagsgebäude anzünden und durch ihre Propagandamaschine dieses Verbrechen Kommunisten in die Schuhe schieben ließen. Es ist bezeichnend, daß die schleswig-holsteinische CDU-Zeitung „Kieler Nachrichten“ am 24. November 1954 über den Reichstagsbrandprozeß und den jetzigen Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht folgenden Vergleich anstellte: Es dränge sich „die Gleichheit der Probleme förmlich auf. Damals ging es darum, ein bereits ausgesprochenes Verbot der KPD nachträglich vor der Welt zu rechtfertigen... in Karlsruhe soll das juristische Fundament für ein Verbot der KPD geschaffen werden“.

Der Reichstagsbrand war das Signal zu dem grauenhaften Terror gegen das eigene Volk, den eine Regierung je ausgeübt hat.

Ernst Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, wurde verhaftet. Um diese schändliche Tat vor den empörten Volksmassen — wie sie glaubten — „rechtfertigen“ zu können, griffen die Hitlerfaschisten zu dem gleichen Mittel der Hochverratsklage, das man heute gegen Max Reimann, den 1. Sekretär des Parteivorstandes der KPD, anwendet, um den Haftbefehl gegen ihn zu „begründen“.

Was die Kommunisten warnend vorausgesagt hatten — und heute wieder voraussagen — erwies sich als nur zu wahr. Nach der Ausschaltung der KPD zerschlugen die zur uneingeschränkten Macht gelangten deutschen Kriegstreiber alle Arbeiterorganisationen und anschließend sämtliche Parteien außer der NSDAP, damit sich nirgendwo mehr der Widerstand des deutschen Volkes äußern könne.

Die Lehren dieser historischen Katastrophe müssen sich jedem aufdrängen. Es muß für die Urteilsfindung des Bundesverfassungsgerichts von außerordentlicher Bedeutung sein, daß die heute der KPD zum Vorwurf gemachten politischen Ziele damals von dem in die Emigration getriebenen Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

öffentlich proklamiert wurden. Was die Bundesregierung in ihrem Antrage als angeblich „undemokratisch“ bezeichnet, proklamierte am 28. Januar 1934 der SPD-Parteivorstand in einem Manifest, das unter der Losung „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“ veröffentlicht wurde. Es hieß:

*„Dieser Kampf (gegen den Hitlerstaat) ist nur revolutionäres Durchgangsstadium zur Eroberung der ganzen Staatsmacht . . . Daß sie den alten Staatsapparat (1918) fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterschaft beging. Die neue Situation schließt jede Wiederholung aus . . . Die erste und oberste Aufgabe dieser Regierung (nach Hitlers Sturz) ist es, die Staatsmacht für die siegreiche Revolution zu sichern, die Wurzeln jeder Widerstandsmöglichkeiten auszureißen, den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln.*

*Das erfordert: Einsetzung eines Revolutionstribunals, Aburteilung der Staatsverbrecher, ihrer Mitschuldigen und Helfer in der Politik, der Bürokratie und Justiz wegen Verfassungsbruchs, Mordes und Freiheitsberaubung unter Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte. Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter. Besetzung aller entscheidenden Stellen der Justiz durch Vertrauensmänner der revolutionären Regierung . . .*

*Unterbindung jeder konterrevolutionären Agitation . . .*

*Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger.*

*Das erfordert:*

*Sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes . . . Verwendung des Ackerlandes zur Schaffung lebensfähiger Bauernsiedlungen und genossenschaftlicher Betriebe von Landarbeitern mit ausreichender Förderung durch Staatsmittel.*

*Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie.“*

Wollen die Herren der Bundesregierung noch immer behaupten, solche Forderungen seien „undemokratisch“ und würden nur durch die KPD vertreten? Zu den Unterzeichnern jenes Manifestes gehörte unter anderen auch der heutige 1. Vorsitzende der SPD, der Bundestagsabgeordnete Erich Ollenhauer. Kein Deutscher brauchte Steuern für Kesselrings Pension zu zahlen und um die Zwangsrekrutierung seines Sohnes zu hängen, wenn die Forderungen dieses Manifestes erfüllt worden wären. Das Manifest selbst betont ausdrücklich:

*„Die Vergesellschaftlichung der Schwerindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes ist kein Endpunkt, sondern nur der Ausgangs-*

*punkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft . . .“*

Der Parteivorstand der SPD wollte ebenso wie die KPD im Interesse der gemeinsamen Verhinderung der faschistischen Rüstungspolitik bestehende Meinungsverschiedenheiten zurückstellen. Daher hieß es im Manifest: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

*„lehnt es ab, die Selbsterfleischung zuzulassen, die um der Frage der Ausnutzung noch nicht errungener Siege willen die Spaltung der Arbeiterklasse, den sichersten Schutz der Diktatur, verewigen will.“*

Mit dem Prager Manifest war nun auch von seiten der SPD die Voraussetzung geschaffen für den gemeinsamen Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten. Doch auch viele Vertreter des demokratischen Bürgertums, namhafte Geistliche der verschiedenen Konfessionen erklärten sich jetzt bereit, mit den Kommunisten gemeinsam für Deutschland gegen Hitler zu kämpfen.

Mit Heinrich Mann an der Spitze entstand die Volksfrontbewegung, die mit Recht als Vorläuferin der heutigen Nationalen Front des demokratischen Deutschland bezeichnet werden könnte. Diese Bewegung, die die Bonner Regierung als „kommunistisches Tarnmanöver“ diffamieren will, wurde ins Leben gerufen von den Besten unseres Volkes unter Einsatz von Blut und Leben für das Vaterland.

### **Die Reichskonferenzen der KPD in Bern und Brüssel**

Die 1935 in Brüssel und 1939 in Bern durchgeführten Reichskonferenzen der KPD zogen die Lehren aus der Katastrophe von 1933 und zeigten den Ausweg zur Errichtung einer demokratischen deutschen Republik und zur Verteidigung des Friedens. In Brüssel 1935 erklärte die KPD:

*„Die Schaffung der Einheitsfront ist das Gebot der Stunde! Wir Kommunisten bieten dem Parteivorstand und allen Organisationen der Sozialdemokratie die Hand zum Abschluß von Einheitsfrontabkommen.“*

Die Reichsparteikonferenz der KPD in Bern 1939 stellte zum ersten Mal das Programm der neuen demokratischen Republik für Deutschland zur Diskussion. Seine Grundforderungen lauteten:

*„a) Aufhebung aller volksfeindlichen Gesetze. Persönliche und politische Freiheit für alle Bürger ohne Unterschied der Herkunft, des Standes, der Rasse und der Religion; volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freiheit der Organisationen, der Presse und Versammlung; Freiheit der Lehrtätigkeit, der wissenschaftlichen Forschung und der künstlerischen Gestaltung. Wiederherstellung des freien, gleichen und*

*direkten Wahlrechts; Selbstbestimmungsrecht für das österreichische Volk und für die Bevölkerung in allen von Hitler annektierten Gebieten.*

- b) *Enteignung der faschistischen Trustkapitalisten. Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die der Hebung des Volkswohlstandes und dem Frieden dient, anstelle der heutigen wirtschaftszerstörenden Rüstungs- und Autarkiepolitik der nationalsozialistischen Diktatur. Schutz des bäuerlichen und mittelständischen Eigentums. Demokratische Bodenreform zugunsten der Bauern und Landarbeiter.“*

Gleichzeitig warf die Berner Konferenz Fragen der Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse auf. Es hieß dort:

*„Wir Kommunisten sind überzeugt, daß im Prozeß des Kampfes gegen das Hitlerregime auch die einheitliche revolutionäre Partei der Arbeiterklasse geschaffen werden muß.“*

Der heutige Kampf der KPD um die Verteidigung der demokratischen Freiheiten, gegen die Militarisierung und Faschisierung des Bonner Staatsapparates ist nur die konsequente Folgerung aus den geschichtlichen Lehren jener Jahre. In Bern, 1939 schon, unter dem Schatten, den die Hitlerschen Kriegsprovokationen vorauswarfen, proklamierte die Partei ihr Kampfprogramm zur Sammlung der gesamten Opposition auf der Plattform einer Einheitsfront- und Volksfrontpolitik für die Errichtung einer demokratischen deutschen Republik, wobei die Partei keinen Zweifel daran ließ, daß sie an ihrem Endziel, der Errichtung des Sozialismus, festhält, als dessen Voraussetzung sie jedoch die Gewinnung der Mehrheit des Volkes ansieht. In ihrem Kampf für Freiheit und Demokratie hat die KPD die größten Opfer gebracht, die jemals eine deutsche Partei brachte. Die Zehntausende deutscher Kommunisten, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und KZ starben, sind leuchtende Beispiele, daß die Kommunisten sich nicht scheuten, die nationale Haltung ihrer Partei mit dem Einsatz ihres Lebens zu bekräftigen. Obwohl in den ersten beiden Jahren faschistischer Terrorherrschaft mehr als 2 000 ihrer Funktionäre durch die Faschisten ermordet und mehr als 60 000 in die Konzentrationslager und Zuchthäuser verschleppt wurden, hat die Kommunistische Partei den Kampf unerschrocken und zielsicher weitergeführt.

In der Emigration kam es am 21. Dezember 1936 auf Vorschlag Wilhelm Piecks zu einem gemeinsamen Aufruf der Volksfrontbewegung für Frieden, Freiheit und Brot, zu dessen Unterzeichnern führende Sozialdemokraten, wie Rudolf Breitscheidt, Albert Grzesinski, Siegfried Aufhäuser, Toni Sender, Alfred Braunthal, führende Kommunisten, wie Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Wilhelm Koenen, und besonders viele Vertreter der deutschen Kunst und Wissenschaft ge-

hörten, wie Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Heinrich Mann, Prof. Georg Bernhard, Ernst Toller, Prof. Gumbel, Rudolf Olden, Walter Olden, Egon Erwin Kisch, Rudolf Leonhardt, Prof. Alfons Goldschmidt, Kurt Rosenfeld, Prof. Anna Siemssen, Bodo Uhse, Johannes R. Becher, Prof. Ernst Bloch usw.

Es wirkt geradezu grotesk, angesichts dieser historischen Tatsache von der Bundesregierung zu hören, der Kampf der Kommunisten um eine breite nationale Front der demokratischen Erneuerung Deutschlands sei ein „grundgesetzwidriges Unternehmen“.

### **„Meine Nation, die ich mit Stolz verehere, ist die deutsche Nation“**

Hinter Kerkermauern schrieb im Januar 1944 der Führer der KPD, Ernst Thälmann, an einen Haftgenossen einen Brief, der ein leidenschaftliches Bekenntnis zur deutschen Nation und zur nationalen Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands ist:

*„Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrung und meine Tatkraft, ja, mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Besten der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen.*

*Ich bin kein weltflüchtiger Mensch, ich bin ein Deutscher, mit großen nationalen, aber auch internationalen Erfahrungen. Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation ...“*

### **Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion**

Aus der gleichen wahrhaft nationalen Haltung heraus warnte die KPD wieder und wieder vor der unausbleiblichen Katastrophe, in die die Hitlerschen Raubüberfälle auf Österreich und die Tschechoslowakei, Polen und Frankreich, die Sowjetunion und die übrigen Länder Europas unser Volk unvermeidlich stürzen mußten. Nicht nur Herr Bundesverfassungsrichter Heiland ist sich — wie seine Zwischenfrage am 22. Verhandlungstage bewies — im unklaren über diese nationale Haltung der KPD gerade im Jahre 1939 und später. Ich zitiere deshalb als Beweis aus dem Aufruf, den das Zentralkomitee der KPD nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion herausgegeben hat, folgende Stellen:

„... Der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion beweist auch dem deutschen Volke erneut, daß durch eine friedliche Verständigung mit anderen Völkern Deutschland seine wirtschaftlichen Beziehungen mit ihnen entwickeln kann und alle Rohstoff- und Lebensmittel, die es braucht, auf dem Wege des friedlichen Warenaustausches von Land zu Land erhalten kann. Hingegen bedeutet die Politik der tollsten Kriegsausrüstungen, um andere Völker zu überfallen und zu versklaven, die fortgesetzte Steigerung der Massenausbeutung, des Rohstoff- und Lebensmittelmangels und daher den Ruin der deutschen Wirtschaft.

Eine Lüge ist es, wenn die Nazis behaupten, Deutschland könne nur existieren, indem es sich den Lebensraum anderer Völker brutal aneignet. Wie die Phrasen vom ‚antibolschewistischen Kreuzzug‘, die heute bankrott sind, so ist auch das Geschrei vom ‚Lebensraum‘ nur ein Mittel, die räuberischen Pläne der Krupp und Thyssen zu verbergen, andere Völker, so wie das deutsche Volk selbst, auszuplündern und auszubeuten.

Das deutsche Volk begrüßt den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland, weil es den Frieden will und in diesem Pakt eine erfolgreiche Friedenstat von seiten der Sowjetunion sieht. Es begrüßt diesen Pakt, weil er nicht wie das Bündnis Hitlers mit Mussolini und den japanischen Militaristen ein Instrument des Krieges und der imperialistischen Vergewaltigung anderer Völker, sondern ein Pakt zur Wahrung des Friedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist.“

Später heißt es in dem Aufruf:

„Nieder mit den Kriegsdrohungen des Naziregimes! Schluß mit den räuberischen Überfällen auf andere Völker!

Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit aller Völker! Freiheit und nationale Selbstbestimmung für das österreichische und tschechoslowakische Volk!

Heraus mit den deutschen Truppen und der Gestapo aus diesen Ländern!

Hände weg von Danzig!

Friedliche Verständigung mit Polen!

Schluß mit dem Antikominternpakt mit Tokio, Rom, Madrid und Budapest!

Frieden und Verständigung mit Frankreich und England!

Sofortige Demobilisierung der Armee bis auf den Friedensstand!

Verständigung mit den anderen Völkern über eine allgemeine Abrüstung!

Deutsche Kommunisten!

In dieser Stunde, da Hitler das polnische Volk und andere Völker auf das äußerste bedroht, rufen wir alle deutschen Arbeiter, das ganze deutsche Volk auf, sich zusammenzuschließen und den Kampf aufzunehmen, um in der Stunde höchster Gefahr den Frieden zu retten.

Stürzt Hitler das deutsche Volk trotz allem in die Katastrophe des Krieges, dann muß jeder Deutsche wissen: der Nationalsozialismus ist der Schuldige am Krieg!

Dann kommt es darauf an, für die Niederlage des Naziregimes im Kriege und für den Sturz der Nazis zu kämpfen. Die Arbeiterklasse, das befreite deutsche Volk, werden dann den Frieden schließen und Deutschland einer neuen, glücklichen Zukunft entgegenführen.“

Wie damals gegen den Hitlerfaschismus, kämpft die Kommunistische Partei heute gegen die chauvinistischen und aggressiven Pläne und Parolen der hitlerschen Überbleibsel. Als der Krieg 1939 ausbrach und alles für die Rettung Deutschlands eingesetzt werden mußte, half die KPD im In- und Ausland, in Leipzig, Dresden und Berlin, wie in Moskau, Stockholm, Basel und Mexiko, die Organisation des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ zu schaffen, mit dem Ziele, dadurch eine politisch tragfähige gesamtdeutsche Opposition zu schaffen, die den Krieg beenden oder, wenn ihr dies nicht gelingen würde, nach einem Zusammenbruch den Aufbau in die Hände nehmen sollte.

Als die faschistische Herrschaft am 8. Mai 1945 zusammenbrach, hatten sich die Worte und die Taten der KPD in einer Weise vor der Geschichte bewährt, wie noch nie die einer anderen deutschen Partei. Hätte unser Volk rechtzeitig die Losungen der Kommunisten befolgt, so hätte es keinen Krieg, keine Gefallenen und keine Gefangenen, keine zerstörten Städte, keine Besetzung und keine Spaltung Deutschlands gegeben. Erfüllt von tiefem Schmerz über das Schicksal unserer leidgeprüften Nation und von dem leidenschaftlichen Willen, eine Wiederholung der zurückliegenden Katastrophe zu verhindern, ging die KPD an die Aufbauarbeit. Zweimal hatte der Verlauf der Geschichte bereits bewiesen, wie schicksalhaft für unser Volk die Entscheidung ist:

Entweder gemeinsam mit den Kommunisten oder unter der Diktatur des militaristischen Obrigkeitsstaates. Zum dritten Mal steht jetzt das Volk vor der gleichen Frage.

Dem deutschen Volk war es nicht gelungen, das Hitlerregime aus eigener Kraft abzuschütteln. Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition hatten es zerschlagen müssen, aber unserem Volke eröffnete sich nun die Möglichkeit, in Deutschland eine neue demokratische Ordnung aufzurichten, ein Deutschland zu schaffen, das — wie es die KPD seit Jahrzehnten forderte — mit den verhängnisvollen Belastungen der Vergangenheit,

dem Militarismus und Imperialismus, für immer brach und das ein Element des Friedens und der Sicherheit in der Welt darstellen könnte. Die Lösung dieser geschichtlichen Aufgabe hätte den Aufstieg Deutschlands zu einer friedlichen Großmacht bedeutet.

Schon lange vor 1945 hatte die KPD die Grundlagen für die Aufbaupolitik nach dem Sturz Hitlers entworfen. Auf der illegalen Reichskonferenz der Partei im Oktober 1935 in Brüssel hatte die Partei als wichtigste Ursache für den Sieg des Faschismus die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse festgestellt und ihre Überwindung als entscheidende Voraussetzung für eine neue demokratische Politik bezeichnet. Erstmals wurde die Losung der Schaffung einer Einheitspartei der deutschen Arbeiterschaft verkündet.

Die Berner Reichskonferenz der KPD 1939 verkündete das Programm für eine künftige demokratische Volksregierung und stellte den Charakter der zu errichtenden „neuen demokratischen Republik“ klar. Die neue demokratische Republik, so hieß es in der Berner Entschliebung, werde sich auf die Einigkeit und die Freiheit ihres Volkes stützen.

Wiederum, wie in Brüssel, wurde auf die Notwendigkeit der Schaffung einer „einheitlichen revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse“ hingewiesen. Es ist unschwer zu erkennen, wie diese wichtigen Grundgedanken des Programms in ähnlicher Form auch in dem erwähnten Prager Manifest des sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahre 1934 zum Ausdruck gebracht worden waren.

Das ist kein Zufall. Die Erkenntnis, daß der Faschismus und die Kriegspolitik auf keine andere Weise endgültig überwunden werden können als durch das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte, und insbesondere der Arbeiterklasse, hatte sich in allen Arbeiterorganisationen durchgesetzt.

### **Die KPD forderte 1945:**

#### **Ein antifaschistisches und demokratisches Deutschland**

Am 11. Juni 1945 trat die Kommunistische Partei Deutschlands als erste demokratische Partei mit dem Aufruf ihres Zentralkomitees vor das deutsche Volk. Dieser Aufruf war die Grundlage ihrer Politik gleichermaßen im Osten wie im Westen Deutschlands. In ihm heißt es:

*„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es, gleichzeitig die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“*

Die Kommunistische Partei Deutschlands handelte gemäß dem Grundsatz des Marxismus-Leninismus, daß jede Politik den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen muß. Darum hieß es in dem Aufruf des ZK der KPD:

*„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjet-system aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.*

*Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“*

Wie schon in den Entschliebungen der Parteikonferenz von Brüssel und Bern zum Ausdruck gebracht wurde, erforderte die Verwirklichung eines solchen demokratischen Programms die führende Rolle der geeinten handelnden Arbeiterklasse.

### **Sozialdemokraten und Kommunisten arbeiteten 1945 zusammen**

Das war nicht die Auffassung der Kommunisten allein. Fast einheitlich in allen Gebieten Deutschlands, also auch in Westdeutschland, bekannten sich die aktiven Sozialdemokraten zum Grundsatz der Zusammenarbeit und der Einheit der Arbeiterklasse. Überall kam es im Jahre 1945 zu gemeinsamen Beratungen zwischen Vertretern der SPD und KPD, die sich zunächst mit den unmittelbaren Tagesfragen befaßten, mit der Sicherung der Ernährung, mit dem Schutz der Bevölkerung vor Hunger und Obdachlosigkeit, aber auch mit grundsätzlichen ideologischen Fragen, deren Klärung die organisatorische Verschmelzung der beiden Parteien vorbereiten sollte.

So hieß es zum Beispiel in einem Aufruf der Parteiorganisation der KPD und der SPD Frankfurt am Main vom 3. September 1945:

*„Unter Wahrung der Selbständigkeit beider Parteien kamen die Vertreter überein, einen gemeinsamen Aktionsausschuß der beiden Leitungen zu schaffen, der aus je 5 Vertretern bestehen wird. Dieser Ausschuß wird ein Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei sein und stellt sich folgende Aufgaben:*

- 1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf einer festen demokratischen Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschisti-*

schen, demokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.

2. Es sind die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen antifaschistischen Blocks zu treffen.
3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in allen öffentlichen Institutionen, unter ihnen vor allem in den Organen der im Aufbau begriffenen kommunalen und provinziellen Selbstverwaltung, die sich mit dem Problem des demokratischen Aufbaus befassen.“

Eine gemeinsame Konferenz der Funktionäre der KPD und SPD im Kreis Wiesbaden erklärte in einer gemeinsamen Entschliebung am 22. September 1945:

„Eine der entscheidenden Ursachen, die zum 30. Januar 1933 und damit zur größten Katastrophe des deutschen Volkes führte, war die gewerkschaftliche und politische Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft. Würde sich eine ähnliche Entwicklung wiederholen, dann wäre dies das endgültige Todesurteil für das deutsche Volk.“

Die Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD in München forderte im Interesse der Wiedergeburt Deutschlands eine Politik der demokratischen Neuordnung. Ihre Losung war „der Weg der radikalen demokratischen Erneuerung Deutschlands“ Dazu erklärte sie:

„Die Arbeiterparteien, die Parteien des arbeitenden Volkes, sind entschlossen, diesen Weg zu gehen“

Ähnliche gemeinsame Aufrufe von SPD und KPD gab es in zahlreichen großen und kleineren Städten Westdeutschlands. Wenn die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung nach 1945 nach dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und Anhänger beider Parteien verlaufen wäre, dann wäre auch in Westdeutschland die Vereinigung zu einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse vollzogen worden. Daß dies nicht geschah, ist in erster Linie auf das Eingreifen der westlichen Besatzungsmächte zurückzuführen

### **Die Vereinigung der KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

In der damaligen Ostzone, wo entsprechend dem Willen der Mitglieder beider Parteien gehandelt wurde, wurde die Aktionseinheit der Sozialdemokraten und Kommunisten immer enger, und es kam schließlich im April 1946 zur Verschmelzung beider Parteien in der Sozia-

listischen Einheitspartei Deutschlands. Dies war ein für die Arbeiterklasse ganz Deutschlands bedeutsames Ereignis.

In dem Manifest des Vereinigungsparteitages vom 21. April 1946 hieß es:

„Ein Werk von größter Bedeutung für Deutschlands Zukunft ist getan. In der Hauptstadt Berlin, in den Ländern Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und in den Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt hat sich die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei Deutschlands vereinigt. Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterklasse, des Bruderkampfes ist beendet...“

In Westdeutschland unternahm die KPD alle Anstrengungen, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden. In fast allen Städten und Ländern Westdeutschlands bildeten sich 1946 und 1947 Gründungskomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Allein in Dortmund bekundeten 7 000 Werktätige ihren Willen, der zu schaffenden SED beizutreten. In diesen Gründungskomitees arbeiteten Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose Hand in Hand. Aber die SED wurde in Westdeutschland nicht zugelassen, und die Gründungsausschüsse wurden verboten.

Es war für die KPD eine Selbstverständlichkeit, sich vom Augenblick der Wiedererringung der Legalität an in allen Organen, die der Normalisierung des zivilen Lebens dienten, aktiv und führend zu beteiligen. In Stadt und Land stand sie an der Spitze der aus Vertretern der demokratischen Parteien gebildeten Ausschüsse und entwarf überall konkrete Programme zur Überwindung der Not. Obwohl in der Hitlerzeit am grausamsten verfolgt, waren die Kommunisten die ersten, die bestrebt waren, den Massen der ehemals verführten Mitläufer der NSDAP ihren Platz im demokratischen Neuaufbau zu verschaffen. Am 8. März 1946 erklärte Max Reimann, damals Vorsitzender der KPD im Ruhrgebiet, über den Hamburger Sender:

„Ebenso wie es unmöglich sein wird, ein neues demokratisches Deutschland ohne die tätige Mitarbeit unserer Jugend und unserer Frauen aufzubauen, für die wir Kommunisten die völlige Gleichberechtigung im öffentlichen Leben und in der Produktion fordern, ebenso wird es nicht möglich sein, das neue Deutschland ohne die Millionen ehemaliger PG zu errichten, die kein Verbrechen begangen haben und heute bereit sind, durch ihre ehrliche Arbeit den Beweis zu bringen, daß sie mit dem Nazismus endgültig und aus tiefer Überzeugung gebrochen haben.“

Von diesen Grundsätzen ließ sich die KPD auch bei ihrer Tätigkeit in den sogenannten Entnazifizierungsausschüssen leiten. Die Hauptschuldigen an der nationalen Katastrophe unseres Volkes sollten be-

strafft und unschädlich gemacht werden. Bald aber stellte es sich heraus, daß die Besatzungsmächte eine Bestrafung der großen Schuldigen nicht wollten. Die Ausschüsse befaßten sich vorwiegend mit der Bestrafung untergeordneter Nazimitglieder, und als es klar war, daß „die Großen beschenkt und die Kleinen gehenkt“ werden sollten, beschloß die KPD, ihre Mitglieder aus den Entnazifizierungsausschüssen zurückzuziehen.

### KPD forderte Zerschlagung der Trusts und Monopole

Die Forderung der KPD auf Zerschlagung der Trusts und Monopole und Enteignung der Kriegsverbrecher, wie sie das Programm vom 11. Juni 1945 verlangte, war nach den Erfahrungen Deutschlands in zwei Weltkriegen so volkstümlich, daß selbst der Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone, unter Vorsitz des Herrn Dr. Adenauer, im Februar 1947 das „Ahlener Programm“ beschloß, in dem es u. a. hieß:

*„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.“*

Nach dieser Einleitung forderte das „Ahlener Programm“:

*„Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften... Vergesellschaftung der Bergwerke... Auch bei der eisenschaffenden Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten. Es ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen.“*

Es ist wohl kaum zu bestreiten, daß diese Forderungen weitgehend mit den Forderungen der KPD übereinstimmten. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beschloß die Nationalisierung der Bergbauindustrie an der Ruhr. Unter offener Verhöhnung dieses Parlamentsbeschlusses verbot die britische Regierung die Durchführung dieses Gesetzes, und schließlich gab das Besatzungsgesetz Nr. 75 den Kohlen-Baronen und ehemaligen Wehrwirtschaftsführern die volle wirtschaftliche Gewalt über diese Betriebe und damit auch ihre politische Macht wieder zurück. Heute sind diejenigen, die das „Ahlener Programm“ der CDU mit entschuldigungsloser Enteignung bedrohte, die Herren Abs, Reusch, Pferd-menges, Henle u. a., tonangebend in der Partei des Herrn Bundeskanzlers, ohne daß die katholischen Arbeiter, Bauern und Mittelständler in dieser angeblich demokratischen Partei etwas dagegen unternehmen können.

### Die KPD bekämpft die Spaltungspolitik der Westmächte

Vom ersten Tage an erkannte und bekämpfte die KPD den Plan der Westmächte, Deutschland aufzuspalten. Sie widersetzte sich der Aufforderung der Besatzungsmächte an die westdeutschen Ministerpräsidenten 1946/47, Länderverfassungen zu schaffen, die Entscheidungen vorwegnehmen sollten, für die normalerweise eine gesamtdeutsche Regierung zuständig sein müßte. Die KPD blieb und bleibt, getreu ihrer nationalen Politik, auf dem Boden der Forderung nach der einigen und unteilbaren deutschen demokratischen Republik. Demgemäß beschloß die Führung der KPD der amerikanischen und britischen Zone am 15. September 1946 in Frankfurt am Main eine Erklärung, in der es heißt:

*„Die Einheit Deutschlands wird äußerst gefährdet, wenn einige eingesetzte Länderchefs der amerikanischen Zone ultimativ ihre vorgefaßte Meinung über die zukünftige Gestaltung Deutschlands in der Öffentlichkeit verkünden lassen.“*

Um zu verhindern, daß die unter Druck der Militärregierung dennoch in Angriff genommenen Länderverfassungen die Auseinanderentwicklung der Teile Deutschlands vergrößern und verhärten könnten, forderte die KPD, daß der provisorische Charakter dieser Dokumente durch die Bezeichnung „Organisationsstatut“ statt „Verfassung“ unterstrichen würde.

Als von 1947 an zuerst die bizonale und dann die trizonale Politik der Militärregierungen durch führende westdeutsche Politiker unterstützt wurde und schließlich auch die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands durch die separate Währungsreform im Juni 1948 vollzogen wurde, zeigte sich immer deutlicher, daß die Westmächte nicht nur ein eigenes Herrschaftsgebiet im Westen Deutschlands schaffen, sondern auch dessen militärisches Potential für sich ausnützen wollten. Mit aller Leidenschaft widersetzte sich die KPD den sogenannten „Londoner Empfehlungen“ vom 7. Juni 1948 über die Bildung eines westdeutschen Separatstaates. Die KPD vertrat so konsequent die Vorrangigkeit der nationalen Interessen Deutschlands, daß sie es jahrelang bewußt unterließ, eine zentrale westdeutsche Partei zu schaffen, weil sie nicht das geringste zu der Vorstellung im Volke beitragen wollte, die Spaltung Deutschlands in Ost und West sei nicht mehr aufzuhalten. Die Schaffung des Parteivorstandes der KPD in Westdeutschland erfolgte darum erst im April 1948 auf der Delegiertenkonferenz in Herne. Als sich später zeigte, wie weit unter dem Druck der anglo-amerikanischen Spaltungspolitik die Verschiedenartigkeit der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland schon gediehen war, faßte der Parteivorstand der KPD an

3. Januar 1949 auf seiner Düsseldorfer Tagung folgenden Beschluß über das organisatorische Verhältnis zwischen SED und KPD:

*„Zwischen der KPD und der SED besteht grundsätzlich Übereinstimmung zu den Fragen der deutschen Politik. Es besteht Übereinstimmung im Kampf für die Einheit Deutschlands, für das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, für eine demokratische Freiheit und für die Einheit der Arbeiterbewegung... Die besonderen Kampfbedingungen in den Westzonen Deutschlands stellen die KPD vor die Notwendigkeit der Durchführung einer selbständigen, diesen Bedingungen entsprechenden Politik. Daher beschließt der Parteivorstand die organisatorische Trennung der KPD von der SED.“*

Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat zusammen, wie es die westlichen Militärgouverneure verlangt hatten. Die elf westdeutschen Ministerpräsidenten, die vom 8. bis 10. Juli 1948 auf dem Rittersturz in Koblenz tagten, hatten dazu noch ausdrücklich erklärt, es dürfe auf keinen Fall ein westdeutscher Staat entstehen, da ein solcher die Zerteilung Deutschlands entscheidend verschärfen würde. Die Landtage sollten nur „eine Vertretung wählen, die die Aufgabe hat, ein Grundgesetz für die einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebiets der Westmächte auszuarbeiten“. Um der Einstellung der demokratischen Öffentlichkeit Rechnung zu tragen, wurden die Worte „Parlament, Verfassung, Regierung und Staat“ bewußt vermieden. Klar und scharf formulierte demgegenüber der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, am 7. November 1948, auf einer Tagung der „Arbeitsgemeinschaft für eine gesamtdeutsche Verfassung“ in Bad Godesberg:

*„Der Beschluß über die Schaffung einer westdeutschen konstituierenden Versammlung und die Bildung einer westdeutschen Regierung vollendet die Spaltung Deutschlands, der die wirtschaftliche Zerreißung durch die separate westdeutsche Währungsreform vorausgegangen war.“*

Eine bedeutende Rolle in der Entwicklung des Kampfes um die nationale Einheit, für Freiheit und einen Friedensvertrag spielte die Solinger Parteikonferenz vom März 1949. Angesichts der unmittelbar drohenden Gefahr der Vollendung der Spaltung Deutschlands und der Verwandlung Deutschlands in ein Protektorat imperialistischer Mächte verkündete die Solinger Konferenz feierlich den unabdingbaren Anspruch des deutschen Volkes auf seine Einheit und Unabhängigkeit. Die Solinger Konferenz behandelte eingehend die Lage, die sich auf Grund der Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte seit dem Herbst 1948 ergeben hatte. Angesichts der Bedrohung der Nation schlug die Solinger Konferenz den gemeinsamen Kampf der Arbeiter, Bauern, des Mittel-

standes und der deutschen Intelligenz für die Verwirklichung folgender Programmpunkte vor:

1. *Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus den demokratischen Parteien und Gewerkschaften.*
2. *Kein Besatzungsstatut, sondern Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und baldiger Abzug der Besatzungstruppen.*
3. *Aufhebung des Ruhrstatuts und der militärischen Sicherheitsbehörde; das Ruhrgebiet muß dem deutschen Volke gehören.*
4. *Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft, die es möglich macht, die materielle Lage des deutschen Volkes zu verbessern.*

Die Solinger Konferenz wandte sich auch an den Parlamentarischen Rat mit der Aufforderung, seine Mitwirkung bei der Spaltung Deutschlands einzustellen. Unter Hinweis auf die Stellungnahme von Vertretern anderer Parteien im Parlamentarischen Rat, wie zum Beispiel des Abgeordneten Prof. Heuß, die Abgeordneten seien sich „der von der Machtlage erzwungenen Beschränkung einer freien Entscheidung bewußt“ gewesen, forderte die Parteikonferenz der KPD auf, zu erklären: Bis hierher und nicht weiter! Schon beim ersten Zusammentritt des Parlamentarischen Rates, am 1. Dezember 1948, hatten die beiden kommunistischen Abgeordneten eine grundsätzliche Erklärung abgegeben, in der es u. a. hieß:

*„Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in diesem Gremium in Verbindung mit der gesamten deutschen werktätigen Bevölkerung für die Einheit unseres Vaterlandes und für eine einheitliche demokratische deutsche Republik weiterkämpfen.“*

### Heute verteidigt die KPD das Grundgesetz

Am 23. Mai 1949 verweigerten die kommunistischen Abgeordneten Reimann und Renner bei der Verkündung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Sie begründeten dies mit den Worten: „Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands.“ Namens der KPD erklärte damals der Parteivorsitzende:

*„Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme; die Gesetzgeber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen; wir Kommunisten werden die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes selbst verteidigen.“*

Der 7. September 1949, der Entstehungstag des westdeutschen Staates, war ein Tag der Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Vom ersten Tag des Bestehens der Bundesrepublik an hat sich die KPD, ge-

stützt auf die Präambel und den Artikel 146 des Grundgesetzes voll und ganz als Partei der nationalen Einheit und Unabhängigkeit dafür eingesetzt, daß der Zustand zweier auf deutschem Boden bestehenden Teilstaaten — also auch die Existenz der Bundesrepublik — überwunden wird und stattdessen die Einheit und Freiheit Deutschlands in einem demokratischen Nationalstaat vollendet wird. An dieser Stelle ist der Hinweis darauf erforderlich, daß der andere Teilstaat auf deutschem Boden, die Deutsche Demokratische Republik, erst als Folge der Schaffung des westdeutschen Staates entstand.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß den Westmächten, insbesondere den USA, bei der Schaffung des westdeutschen Staates vor allem am Besitz der Wirtschaftskraft dieses ihres Herrschaftsgebietes in Europa und an der Rekrutierung westdeutscher Söldnertruppen gelegen war. Die KPD kann heute rückblickend sagen, daß die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit ihres Kampfes gegen die Remilitarisierung durch die seitherige politische Entwicklung bestätigt worden sind. Wenn die Bundesregierung noch 1951 in ihrem Antrag für dieses Verbotverfahren vorbrachte, die von der KPD geforderte Volksbefragung über die Remilitarisierung und einen Friedensvertrag sei der „schärfste Angriff gegen den Bestand der Bundesrepublik und die freiheitliche demokratische Grundordnung“, so richtet sich diese regierungsamtliche Verdächtigung heute bereits gegen Parteien und Organisationen außerhalb der KPD, die zusammen die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung repräsentieren. Wenn es nach dem Zeitplan der amerikanischen Generalstäbe und der Bundesregierung gegangen wäre, dann ständen jetzt schon die westdeutschen Divisionen. Der Schicksalsspruch über die Zukunft Deutschlands wäre in einer verhängnisvollen Weise bereits gefallen.

Am 4. Dezember 1949 schlug Herr Dr. Adenauer erstmalig in der Öffentlichkeit die Schaffung einer „autorisierten deutschen Streitmacht“ als Abteilung unter einem „europäischen Oberkommando“ den westlichen Alliierten vor. Das geschah in einem Interview mit der amerikanischen Zeitung „The Plain Dealer“, Cleveland. Gegenüber seinen deutschen Landsleuten erklärte er genau das Gegenteil:

*„In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin.“*

(Zitat aus „Hildesheimer Zeitung“ vom 5. Dezember 1949.)

## Dr. Adenauer hat im Bundestag fünfmal gelogen

Die KPD sorgte dafür, daß diese Tatsache dem deutschen Volk bekannt wurde. Der KPD-Abgeordnete Heinz Renner stellte zum „Plain Dealer“-Interview in der Bundestagssitzung vom 9. Dezember 1949 fest: „Dieses Interview ist ein Schritt auf den Krieg hin.“ Der CDU-Präsident des Bundestages bezeichnete den kommunistischen Antrag, daß sich Herr Dr. Adenauer für seine Erklärung vor dem Parlament verantworten müsse, als nicht zulässig. Daraufhin brachte die KPD-Fraktion folgende fünf Fragen im Bundestag ein:

1. Ist es richtig, daß der Bundeskanzler der Zeitung *'The Plain Dealer'* gegenüber erklärt hat, eine nach seinem Vorschlag aufzustellende *'autorisierte deutsche Streitmacht'* solle *'eine Abteilung unter einem europäischen Oberkommando'* bilden?
2. Hat der Bundeskanzler Vorschläge in gleichem oder ähnlichem Sinne der Hohen Kommission oder einem der Hohen Kommissare zugehen lassen?
3. Hat der Bundeskanzler im Sinne seines Interviews mit der genannten amerikanischen Zeitung Besprechungen mit einer anderen alliierten Stelle geführt?
4. Ist der Bundeskanzler anlässlich seiner mit der Alliierten Hohen Kommission geführten Besprechung irgendwelche Verpflichtungen eingegangen, die im Sinne seines der amerikanischen Zeitung gegebenen Interviews liegen?
5. Beabsichtigt der Bundeskanzler, den westlichen Alliierten die Bereitschaft der Bundesregierung zur Aufstellung einer westdeutschen Streitmacht in irgendeiner Form zum Ausdruck zu bringen?

Herr Dr. Adenauer beantwortete sämtliche Fragen mit „Nein“. Dieses fünfmalige „Nein“ widersprach fünfmal der Wahrheit. Im übrigen beziehe ich mich, um Wiederholungen zu vermeiden, was dieses ganze Problem anbetrifft, auf die gestrigen Ausführungen meines Kollegen Rechtsanwalt Böhmer, der im übrigen sich auch mit dem Parteitag der KPD vom 3. bis 5. März 1951 befaßt hat. Dieser Parteitag ist für die Geschichte der KPD von besonderer Bedeutung durch die von ihm angenommene Entschliebung, in der die Aufgaben der KPD im Kampf um ein geeintes, unabhängiges, demokratisches Deutschland festgelegt waren. Diese Entschliebung war vor dem Parteitag in der ursprünglichen Form eines Thesenentwurfs in allen Teilen der Partei in wochenlangen Diskussionen gründlich beraten worden. In der These 15 dieser Entschliebung heißt es:

*„Es ist das natürliche Recht des deutschen Volkes, die Herstellung der Einheit Deutschlands und seine Wiedergeburt auf demokrati-*

*scher und friedlicher Grundlage in die eigenen Hände zu nehmen, den Weg der friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes freizulegen, Herr im eigenen Hause zu werden“*

Es ist bezeichnend für die Haltung der Bundesregierung, daß sie gerade diesen Satz aus der Entschließung des Münchener Parteitages, den jeder Deutsche sofort unterschreiben könnte, als Dokument der Anklage in der Antragsbegründung für das hier ablaufende Verfahren übernommen hat. In derselben Entschließung formuliert der Parteitag konkrete Vorschläge für die Herbeiführung der nationalen Einheit. Die Aufzählung der aktuellen Verhandlungsprobleme in These 19 ist gleichzeitig ein Katalog der wichtigsten Fragen, bei welchen die KPD ein Übereinkommen zwischen Ost und West, eine Politik der Kompromisse im Interesse Gesamtdeutschlands fordert. Die These 19 ist dadurch gleichzeitig ein überzeugender Beweis gegen die Behauptung der Bundesregierung, die KPD wolle die gewaltsame Übertragung der Verhältnisse im Osten Deutschlands auf seinen westlichen Teil, eine Behauptung, die überdies nur die Pläne der Bundesregierung tarnen sollte, die Deutsche Demokratische Republik mit der Bundesrepublik gleichzuschalten. Die These 19 fordert eine Verständigung vor allem:

- a) *„über die Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung, einer freiheitlichen Regierungsform, den Schutz der Menschenrechte und die Wahrung des Friedens in ganz Deutschland;*
- b) *über die Frage der Stärke, Bewaffnung der Polizei in ganz Deutschland sowie über die Möglichkeit der Verringerung des ziffernmäßigen Bestandes der Polizei in beiden Teilen Deutschlands nach gemeinsam vereinbarten einheitlichen Grundsätzen ...;*
- c) *über die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung im Namen des deutschen Volkes, die die Remilitarisierung Deutschlands und die Aufstellung von Armeeeinheiten in jedweder Form verbietet, sowie über eine von deutschen Organisationen und dem ganzen deutschen Volke durchzuführende Kontrolle über die Durchführung dieser Erklärung;*
- d) *über die Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung des einheitlichen, demokratischen und unabhängigen Deutschland, wobei die bestehenden Verfassungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik als Grundlage zu benutzen sind;*
- e) *über die Schaffung eines demokratischen Wahlgesetzes für ganz Deutschland;*
- f) *über die Abschaffung der Zonen- und Sektorengrenzen sowie der Interzonenpässe, die Herstellung des freien Personen- und Waren-*

*verkehrs in ganz Deutschland, die unbehinderte Verbreitung von Druckerzeugnissen, Filmen usw.;*

- g) *über Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Außenpolitik.“*

Schließlich muß noch auf eine wichtige Feststellung des Parteitages von 1951 hingewiesen werden:

Die KPD, die gemäß ihrer marxistischen Weltanschauung ihre Politik stets entsprechend den gegebenen politischen und ökonomischen Bedingungen entwickelt, wies in ihrer Entschließung ausdrücklich auf die Existenz zweier Staatswesen mit verschiedenem Charakter auf dem Territorium Deutschlands hin. Sie unterstrich ausdrücklich das Prinzip von Verhandlungen mit dem Ziel der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und erklärte, daß „keine schematische Übertragung der in der DDR bestehenden Ordnung auf Westdeutschland“ erfolgen dürfe.

Schon bald nach den Beschlüssen der New Yorker Außenministerkonferenz vom September 1950 begannen die Vorbereitungen für die Ausarbeitung eines Vertragssystems, dessen wichtigster Bestandteil die Aufstellung westdeutscher Truppenkontingente und deren Eingliederung in ein westeuropäisches Militärpaktsystem unter amerikanischem Oberkommando sein sollte. Der Inhalt der Verhandlungen wurde bis zuletzt geheimgehalten. Weder das Plenum des Bundestages noch einer seiner Ausschüsse wurden über den Ablauf der Verhandlungen informiert. Am 24. Januar 1951 forderte die Bundestagsfraktion der KPD vergeblich die unverzügliche Einstellung der Geheimverhandlungen. Diese Praxis der Mißachtung grundlegender Prinzipien der parlamentarischen Demokratie wurde bis zur Unterzeichnung der Verträge von Bonn und Paris im Mai 1952 fortgeführt. In dieser Zeit betrachtete die KPD es als ihre wichtigste Aufgabe, die Bevölkerung gegen die den Frieden und die Einheit der Nation bedrohenden Paktpläne zu mobilisieren und alles zu unternehmen, um die Ratifizierung der Verträge zu verhindern. Den Absichten der Bundesregierung stellte die KPD die Forderung entgegen, jede nur denkbare Initiative für die Verständigung der Deutschen, für die Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages zu ergreifen.

### **Das Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands**

Das war die Situation, in der die KPD ihr „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ verkündete, ein Programm, in dem sie im einzelnen darlegt, wie eine neue nationale Katastrophe verhindert und Deutschland auf dem Wege der Wiedervereinigung und des Frie-

dens einer glücklichen Zukunft entgegengeführt werden könne. Das Programm schildert in seinem ersten Teil die Situation in Westdeutschland, als sich das Volk vor der Entscheidung für oder gegen die Verträge von Bonn und Paris, für oder gegen die Wiedervereinigung Deutschlands befand. Es heißt dort:

*„Das ganze Leben der Bundesrepublik wird heute von den amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsbehörden gelenkt.“*

Es werden dann die Gefahren geschildert, die Deutschland bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik drohen.

In seinem zweiten Teil geht das Programm auf die Rolle des Adenauer-Regimes ein und stellt als zentrale Lösung die Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung auf. Eine wichtige Feststellung gleich zu Beginn dieses Teils lautet:

*„Ohne die Existenz des Adenauer-Systems wäre es den amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten unmöglich, ihr Regime der nationalen Knechtschaft und Erniedrigung weiter aufrecht zu erhalten.“*

Dann wird ausgeführt, welches der Charakter und die Aufgaben einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung sind, die nach dem Sturz der Regierung Adenauer gebildet werden soll. Hierüber ist bereits so viel vorgetragen worden, daß ich mir dazu weitere Ausführungen sparen kann.

Im einzelnen stellt das Programm die folgenden Grundsätze auf, die für die Erreichung der Einigung Deutschlands ausschlaggebend sind:

1. *Sofortige Herbeiführung der Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland mit dem Ziel der unverzüglichen Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung.*
2. *Schaffung einer Kommission aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Prüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen in ganz Deutschland, zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und zur Sicherung der Durchführung dieser Wahlen.*
3. *Beseitigung der Spaltung Deutschlands und Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender und unabhängiger Staat. Das Saargebiet ist ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands.*
4. *Beschleunigter Abschluß eines Friedensvertrages bei Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands.*
5. *Alle Besatzungstruppen verlassen nach Abschluß des Friedensvertrages das Territorium Deutschlands.*

6. *Kein auswärtiger Staat besitzt das Recht, Militärstützpunkte auf deutschem Territorium zu unterhalten.*

7. *Zum Schutz seiner Unabhängigkeit, seiner friedlichen Arbeit und der Sicherung seines Territoriums erhält das deutsche Volk das Recht, eigene nationale Streitkräfte aufzustellen sowie das Recht, für diese Streitkräfte die notwendigen Waffen herzustellen.*

8. *Das deutsche Volk lehnt es ab, sich an Militärbündnissen zu beteiligen, die sich gegen einen anderen Staat richten.*

### **Adenauer-Terror gegen Wiedervereinigungspolitik der KPD**

Die Regierung Adenauer beantwortete die Veröffentlichung des Programms der nationalen Wiedervereinigung mit einer Steigerung der Verfolgung der patriotischen Kräfte, insbesondere der KPD. Tausende aufrechte Deutsche wurden verhaftet, Zehntausende politische Ermittlungsverfahren eingeleitet. In dem Hochverratsprozeß gegen Horst Reichel und Herbert Beyer verhängte der 6. Senat des Bundesgerichts viereinhalb Jahre Gefängnis gegen diese beiden jungen Deutschen, nur weil sie das Programm propagiert hatten. Anschließend verhängte derselbe Senat siebeneinhalb Jahre Gefängnis gegen Oskar Neumann, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD, sowie Karl Dickel und Emil Bechtle. Unter Zugrundelegung des nach dem Standpunkt der KPD verfassungswidrigen Reichel-Beyer-Urteils wurden die Mitglieder des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD Fritz Rische und Jupp Ledwohn in Haft genommen und Haftbefehl gegen den 1. Sekretär der Partei, Max Reimann, sowie gegen das Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes Walter Fisch erlassen. Vor Gericht gestellt wurden weiter das Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes Jupp Angenfort sowie Wolfgang Seiffert. Sie erhielten fünf Jahre Zuchthaus beziehungsweise vier Jahre Gefängnis. Der Verbotssprozeß gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht soll den Behörden die Handhabe schaffen, noch schärfer die Verfolgung aller Deutschen zu betreiben, die sich für Frieden, Einheit und Freiheit — gegen die Gefährdung unserer nationalen Existenz durch die Pariser Kriegsverträge einsetzen.

Vom 28. bis 30. Dezember 1954 fand der Hamburger Parteitag der KPD statt. Mehrere Monate lang war er in der Parteiorganisation politisch und organisatorisch vorbereitet worden. Das wichtigste vom Hamburger Parteitag angenommene Dokument sind die „Thesen der KPD“, die in der zwei Tage dauernden Diskussion von den Delegierten eingehend behandelt wurden.

Bekanntlich waren die Verträge von Bonn und Paris an dem Widerstand der Völker der beteiligten Staaten gescheitert. Die Abstim-

mung der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954, die das Schicksal der Verträge besiegelte, setzte jedoch den vereinten Bemühungen der führenden USA-Kreise und der Bundesregierung um eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in das westliche Militärpaktsystem keineswegs ein Ende. An die Stelle der sogenannten EVG trat die Einbeziehung Westdeutschlands in die Westeuropäische Union und in den Atlantik-Pakt. Auch die neuen Paktpläne bedeuten die Errichtung eines Sperrhindernisses für die Wiedervereinigung Deutschlands, die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Völker. Die KPD sieht ihre Aufgabe darin, diese drohende, verhängnisvolle Entwicklung zur Versteinerung der Spaltung und zur unmittelbaren Bedrohung durch einen neuen Weltkrieg aufzuhalten und die Volksbewegung zur Wiedervereinigung Deutschlands in einem einigen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Staat mit aller Kraft zu entfalten.

### **Die Verständigung der Deutschen in Ost und West ist notwendig**

Die KPD ist der Auffassung, daß eine entscheidende Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage in der Verständigung der Großmächte und in der Verständigung der Deutschen liegt. Das deutsche Volk kann aber weder die Entscheidung noch die Initiative für die Regelung seiner nationalen Lebensinteressen fremden Mächten überlassen. In den Thesen werden solche Grundfragen, über die die Vertreter beider Teile Deutschlands beraten und sich verständigen müssen, genannt, unter anderem:

*„Ablehnung der Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen...“*

*Vorbereitung und Durchführung freier, demokratischer, gesamtdeutscher Wahlen im Jahre 1955, aus denen die Regierung eines einigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands hervorgeht, mit der ein Friedensvertrag abgeschlossen wird.“*

Die Erklärung der Regierung der UdSSR vom Januar 1955 hat die Verwirklichung dieses nationalen Anliegens unseres Volkes in greifbare Nähe gerückt. In dieser Erklärung heißt es:

*„Das deutsche Volk muß durch die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen in ganz Deutschland, einschließlich Berlin, die Möglichkeit haben, seinen freien Willen zu äußern, damit ein einheitliches Deutschland als Großmacht wiederersteht und einen würdigen Platz unter den anderen Mächten einnimmt.“*

Diese knappe Darlegung der geschichtlichen Entwicklung der KPD unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse hat bewiesen, daß

diese Partei, seitdem sie existiert, einen wichtigen Faktor im Leben unseres Volkes darstellt. Die KPD, so beweist ihre Geschichte, ist ihren Grundsätzen und Zielen stets treu geblieben. Sie hat sie vertreten, auch unter den schwierigsten Bedingungen, wo die Treue zur Sache bedeutete, das Leben aufs Spiel zu setzen. Der Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit der Nation, der Kampf für den Frieden nach außen und die demokratischen Freiheiten des Volkes nach innen, der Kampf für die sozialen Interessen der Werktätigen in Stadt und Land, der Kampf für die Befreiung der Menschen von jedweder Ausbeutung durch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ist das Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung seit 1848, das Ziel der KPD gewesen und geblieben.

Die Geschichte der KPD beweist: immer dann, wenn die deutschen Militaristen, Junker und Monopolherren im Interesse ihrer Vorteile große Angriffe auf die Lebensrechte unseres Volkes planen, suchen sie die KPD zu unterdrücken oder zu verbieten. Immer dann, wenn die KPD besonderen Verfolgungen oder Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt war, sollte das deutsche Volk von seinen Feinden in eine nationale Katastrophe gedrängt werden. Der Weg des Antikommunismus ist daher erfahrungsgemäß immer ein Weg der verhängnisvollsten Folgen für unser deutsches Volk.

Die Geschichte beweist zugleich, daß es noch niemals gelungen ist, die KPD für längere Zeiträume oder gar für immer zu zerschlagen. Auch in Zukunft wird nichts die KPD auf ihrem Weg aufhalten können. Es ist nicht das erste Mal, daß Feinde des Volkes ein Verbot der KPD verlangten, aber eines ist gewiß: Wie immer Sie, meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter, entscheiden, es wird in der Geschichte Deutschlands der letzte Versuch sein! Heute mehr denn je gelten für die KPD die Worte Freiligraths: „Ich war, ich bin, ich werde sein!“

### **Die Theorie des Marxismus ist allmächtig, weil sie wahr ist**

Herr Präsident! Meine Dame und Herren Bundesverfassungsrichter! Die Vertreter der Bundesregierung haben erneut der marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer angeblichen Verfassungswidrigkeit große Teile ihres Plädoyers gewidmet. Obwohl in den Zwischenplädoyers die Frage der Theorie ausführlich gewürdigt worden war und obwohl sich beim Abschluß der Beweisaufnahme über die Probleme der marxistisch-leninistischen Theorie gezeigt hatte, daß der Versuch, aus der marxistisch-leninistischen Theorie die Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei begründen zu wollen, gescheitert war, greifen die Vertreter der Bundesregierung nochmals auf diese Probleme zurück. Offensichtlich

Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß es ihr im Laufe der Beweisaufnahme nicht gelungen ist, der KPD bei der Behandlung der konkreten Zielsetzung der Partei verfassungswidrige Ziele nachzuweisen. Deshalb klammert sie sich an den Gedanken, der Senat möge die marxistisch-leninistische Theorie als solche verurteilen, um auf diese Weise zugleich die Verfassungswidrigkeit der KPD wegen dieses Bekenntnisses zum wissenschaftlichen Sozialismus erklären zu können. Bereits in unseren Darlegungen zu den Problemen des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes haben wir ausgeführt, daß unzulässig ist, die Ziele, deren Verwirklichung eine Partei nicht im räumlichen oder zeitlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes erstrebt, als Ziele im Sinne des Art. 21 Abs. 2 zu betrachten. Die Bundesregierung jedoch hat in sämtlichen Plädoyers immer aufs neue erklärt, daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch über die Geltungsdauer des Grundgesetzes hinaus im Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes geschützt werden soll. Dieses Bemühen um eine unzulässige Ausdehnung des Begriffes der Ziele im Sinne des Art. 21 Abs. 2, die in der Behauptung des Herrn Rechtsanwalts Henrichs gipfelt, daß für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei die Tendenz verfassungswidriger Fernziele genüge, findet offensichtlich seine notwendige Ergänzung in dem Versuch der Bundesregierung, die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD mit der Begründung zu erlangen, daß sie sich zu dem in der marxistisch-leninistischen Theorie begründeten Endziele des Kommunismus und Sozialismus bekenne. Wir haben im Laufe des Verfahrens immer wieder betont, daß es grundgesetzwidrig ist, eine wissenschaftliche Theorie, eine Weltanschauung und das Bekenntnis zu dieser Theorie als Maßstab für die Verfassungswidrigkeit oder Verfassungsmäßigkeit einer politischen Partei heranzuziehen. Wir haben immer wieder betont, daß für die justitielle Bewertung einer Theorie jeder rechtliche Maßstab fehlt. Trotz unserer zahlreichen Warnungen wurde über Bruchstücke der marxistisch-leninistischen Theorie Beweis erhoben. Jetzt, nach Abschluß der Schlußplädoyers der Bundesregierung, bestätigt sich die Richtigkeit aller dieser damals getroffenen Feststellungen. Der Senat hat am 15. Verhandlungstag erklärt, die Theorie soll nur behandelt werden, soweit sie zu politischen Zielen, zu verbindlichen Leitsätzen, zu Verhaltensmaximen geworden sei, die im Hinblick auf Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes entscheidungserheblich sein könnten. Der Herr Bundesverfassungsrichter Wessel hat erklärt, daß die Theorie nur insoweit behandelt werden solle, als in ihr Forderungen zum politischen Handeln enthalten sind.

Wir haben schon früher betont, daß man die politischen Ziele der Partei nicht an Hand der Theorie ermitteln könne, sondern nur an Hand

ihrer in ihren grundlegenden Dokumenten und ihrer gesamten politischen Tätigkeit zum Ausdruck gelangenden konkreten Zielsetzung. Nicht an der Theorie kann man die Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei messen, sondern einzig und allein an Hand der Schlußfolgerungen, die sie für ihre konkrete politische Zielsetzung aus einer wissenschaftlichen Theorie bezogen hat. Erkenntnis-mittel für solche Zielsetzung kann niemals die Theorie selbst sein. Jeder andere Weg führt unweigerlich zur Verurteilung einer wissenschaftlichen Theorie als solcher und damit zur Aufhebung der in Art. 5 des Grundgesetzes festgelegten Grundrechte. Jetzt bestätigen sie, jetzt ist erwiesen, daß die Partei nur verfassungsmäßige Ziele im Sinne des Art. 21 Abs. 2 verfolgt, und deshalb verlangt nun die Bundesregierung erneut vom Senat, die Verfassungswidrigkeit der Partei wegen ihres Bekenntnisses zur marxistisch-leninistischen Theorie als solcher auszusprechen, damit diese wissenschaftliche Theorie insgesamt zu verurteilen. Daran können alle Bemühungen der Bundesregierung nichts ändern, mit denen sie darzulegen versucht, daß die marxistisch-leninistische Theorie insgesamt zur Zielsetzung geworden sei. Die Beurteilung einer Lehre widerspricht der Verfassung, selbst wenn man die Behauptung aufstellt, es handele sich nicht um eine Lehre, sondern um Ziele. Die absichtslose reine Erkenntnis, die nach der Auffassung von Herrn Rechtsanwalt Henrichs allein ungeeignet sein soll, als Ziel betrachtet zu werden, gibt es zumindest im Bereich der politischen Lehre nicht.

Bereits bei den Ausführungen von Herrn Rechtsanwalt Henrichs wird deutlich, daß man, wenn man einmal eine Theorie in einem justitiellen Verfahren messen will, jeden rechtsstaatlichen Maßstab verlieren muß. Ist es noch ein den rechtsstaatlichen Forderungen genügender Maßstab, wenn Herr Rechtsanwalt Henrichs erklärt, eine Lehre werde beispielsweise zum Ziel, wenn die in der Lehre dargestellte zukünftige Entwicklung auch willensmäßig bejaht und begrüßt werde und die gesellschaftliche Entwicklung, so wie sie sich aus der Lehre ergebe, der sogenannte Strom der Zeit, gefördert werden solle.

Hier wird deutlich, daß die Verurteilung der Theorie des Marxismus-Leninismus den Anlaß bieten soll, das Bekenntnis zu jeder beliebigen, den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik unerwünschten Weltanschauung für verfassungswidrig erklären zu können.

Herr Ritter von Lex hat in seinem Schlußplädoyer mit dankenswerter Offenheit ausgesprochen, um was es bei der Behandlung der Theorie in diesem Verfahren geht. Er hat erklärt (48. Verhandlungstag, Seite 71), daß die kommunistische Begriffswelt und die werterfüllten Ideen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unüberbrückbare Gegensätze seien, wie das Verfahren in eindeutiger Klarheit erwiesen

habe. Hier ist ausgesprochen, daß die Theorie behandelt wird, weil man die Verurteilung der kommunistischen Begriffswelt erstrebt, das heißt die Verurteilung der Theorie selbst.

Der Senat ist bedauerlicherweise trotz unserer Warnung bisher der Bundesregierung auf dem Wege gefolgt, der eine mehr als 100 Jahre alte Theorie vor Gericht stellt. Jetzt, am Schluß des Verfahrens, müssen wir nochmals betonen, daß ein solcher Weg den Verzicht auf alle Erungenschaften der modernen demokratischen Entwicklung bedeutet, daß ein solcher Weg, auf dem eine parlamentarisch geprägte Begriffswelt verurteilt werden soll, unmittelbar zu den Zuständen führt, die seit den großen bürgerlich-demokratischen Revolutionen mit Überwindung der mittelalterlichen Gesinnungsverfolgung abgeschafft sein sollte.

Überall dort, wo in diesem Verfahren Fragen der Theorie behandelt worden sind, hat sich praktisch gezeigt, daß die justitielle Behandlung einer Theorie zu rechtlich unmöglichen Konsequenzen führt. Tatsächlich wurde in der Beweisaufnahme und in den Plädoyers der Bundesregierung keine einzige theoretische Frage behandelt, ohne daß entweder der Wahrheitsgehalt der marxistisch-leninistischen Theorie unmittelbar in die Erörterung einbezogen wurde oder aber der Sinngehalt der Theorie dadurch entstellt wurde, daß bis zum Schluß nur Bruchstücke der Theorie behandelt wurden, an Hand deren eine Beurteilung der Theorie deshalb nicht möglich ist, weil die marxistisch-leninistische Theorie ein einheitliches und geschlossenes Ganzes darstellt. Die Einbeziehung des Wahrheitsgehaltes der Theorie in die Erörterung bzw. die Leugnung des Wahrheitsgehaltes bestimmter theoretischer Prinzipien durch die Bundesregierung werde ich im einzelnen bei der Behandlung einiger spezieller Probleme darlegen.

An dieser Stelle möchte ich zur Verdeutlichung meiner Ausführungen lediglich darauf hinweisen, daß die Bundesregierung der KPD den Vorwurf macht, die KPD propagiere den Klassenkampf, sie sei für die Entfaltung des Klassenkampfes usw. Die marxistisch-leninistische Theorie geht jedoch davon aus, daß Klassen und Klassenkampf gesellschaftliche Realitäten sind, die unabhängig vom Willen und den Absichten einer einzelnen politischen Partei sind. Die Bundesregierung wirft der KPD weiter vor, sie wolle die nationale Frage den Problemen des Klassenkampfes unterordnen. Die marxistisch-leninistische Theorie geht jedoch davon aus, daß zwischen nationaler Frage und Klassenkampf ein objektiver Zusammenhang besteht, der heute seinen Ausdruck einerseits in dem Verrat der deutschen Großbourgeoisie an den nationalen Interessen des deutschen Volkes, andererseits in dem kon-

sequenten Eintreten der Arbeiterklasse und ihrer Partei für die nationalen Interessen findet.

Die Existenz und die Auswirkung dieses Zusammenhanges kann man eben nicht dadurch beseitigen, daß man ihn einfach leugnet. Bei beiden genannten Problemen berührt also der Vorwurf der Bundesregierung Prinzipien, die im Rahmen der marxistisch-leninistischen Theorie nichts anderes als exakt begründete wissenschaftliche Erkenntnisse darstellen. Mit den Vorwürfen der Bundesregierung gegen die KPD wegen der Anerkennung und Bejahung des Klassenkampfes und eines objektiven Zusammenhanges zwischen nationaler Frage und Klassenkampf wird unmittelbar die Theorie wegen ihrer wissenschaftlich begründeten Feststellung angegriffen.

Die Praxis dieses Verfahrens hat folgendes bewiesen: Wenn man sich über die Tatsachen hinwegsetzen will, daß eine Beurteilung der marxistisch-leninistischen Theorie in einem solchen Verfahren rechtswidrig ist, wenn man trotz dieser Rechtswidrigkeit die Theorie in das Verfahren einbezogen hat, das einen Spruch des Gerichts über angeblich verfassungswidrige Ziele der KPD an Hand der theoretischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus erstrebt, so stellt man den Senat vor nicht nur rechtliche, sondern auch vor praktisch unüberwindliche Schwierigkeiten. Nach wie vor müssen wir deshalb feststellen, daß die in der Beweisaufnahme behandelten Bruchstücke der marxistisch-leninistischen Theorie nicht zur Grundlage einer Urteilsfindung des Senats gemacht werden dürften.

Ich nehme deshalb im Plädoyer zu einigen Problemen der Theorie auch nur unter diesem Vorbehalt Stellung.

Wenn die Bundesregierung vom Senat trotz der nachgewiesenen rechtlichen Unzulässigkeit die Verurteilung der marxistisch-leninistischen Theorie verlangt, so darf der Senat diesem Ansinnen nicht folgen. Wenn die Bundesregierung mit ihrer Beweisführung aus der tatsächlichen politischen Zielsetzung der KPD völlig gescheitert ist, dann kann und darf nicht eine Entstellung der marxistisch-leninistischen Theorie und eine Verurteilung der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus den Ausweg darstellen, auf dem man dennoch zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit zu gelangen meint.

Wenn die Bundesregierung jetzt erneut die Verurteilung der marxistisch-leninistischen Theorie verlangt, so ist das nicht nur Ausdruck der inneren Schwäche ihrer Beweis konstruktion. Es wäre ein Irrtum, zu meinen, die Bundesregierung widme der Theorie des Marxismus-Leninismus in ihrem Plädoyer lediglich deshalb so breiten Raum, um damit den Versuch einer Begründung ihres Verbotsantrages zu machen. In dieser Frage kommt vielmehr der politische Charakter dieses ge-

samten Verfahrens noch einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Die weit über den Rahmen dieses Verfahrens hinausgehende nationale und internationale Bedeutung dieses Prozesses offenbart sich gerade in diesem Zusammenhang. In dem Moment, in dem alle Voraussetzungen für eine umfassende internationale Entspannung durch eine allseitige Verständigung gegeben sind, in dem Moment, in dem die Regierung der Sowjetunion sich ernstlich um die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bemüht, verlangt die Bundesregierung vom Senat, die gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse aller sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, an den Bestimmungen des Bonner Grundgesetzes zu messen. Sie tut das in einer Weise, die in der Tat an die dunkelsten Zeiten der deutschen Vergangenheit erinnert. Die Bundesregierung will den Anschein erwecken, als ob sie sich in ihrem Plädoyer mit der Theorie des Marxismus-Leninismus beschäftigte. Im wesentlichen bestehen jedoch diese Teile ihres Plädoyers aus einer Verunglimpfung der Praxis der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten. Sogar der Boden, der mit einer Behandlung der Theorie des Marxismus-Leninismus in gewisser Weise noch gegeben wäre, ist längst verlassen. Der Kern der Ausführungen der Bundesregierung erschöpft sich in unbewiesenen, aus der Luft gegriffenen Behauptungen über die Praxis der sozialistischen Staaten.

Wir erklären, daß solche Methoden keinen anderen Zweck verfolgen können, als einen Schlag gegen die Möglichkeiten zu einer umfassenden internationalen Entspannung, zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu führen.

Diese Methoden zeigen, daß die Bundesregierung nicht an einer sachlichen Erörterung derjenigen Probleme interessiert ist, die in diesem Verfahren behandelt werden sollen.

Wir verzichten darauf, nochmals alle diffamierenden Entstellungen zu korrigieren und zu berichtigen, die von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang vorgenommen werden.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die KPD im zeitlichen und räumlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht die Errichtung der Diktatur des Proletariats anstrebt, sondern daß ihre Politik ausschließlich auf die Gewährleistung der demokratischen Rechte des Volkes, auf die Sicherung des Friedens, vor allem auf die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, auf die Schaffung eines deutschen Nationalstaates gerichtet ist, in dem das deutsche Volk frei in eigener Selbstbestimmung über die innere Ordnung des künftigen gesamtdeutschen Staates entscheiden kann. Deshalb halten wir es für überflüssig, nochmals im ein-

zeln die Lehre von der sozialistischen Revolution und vom sozialistischen Staat darzustellen.

In den Zwischenplädoyers zur Frage der Theorie haben wir gezeigt, daß die Beweisaufnahme über diese Fragen folgendes ergeben hat: Das Endziel der KPD ist der Sozialismus-Kommunismus, das heißt eine klassenlose Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung, Unterdrückung und Gewaltanwendung mehr gibt. Der Weg zu diesem Ziel führt nach der Theorie des Marxismus-Leninismus über die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats. Wir haben bewiesen, daß nach der Theorie des Marxismus-Leninismus die sozialistische Revolution nur möglich ist, wenn sie die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des Volkes gefunden hat.

Die Beweisaufnahme hat ferner ergeben, daß der Staat der Diktatur des Proletariats keineswegs die Beseitigung der Demokratie bedeutet, wie es die Bundesregierung wahrhaben möchte, sondern daß in der Diktatur des Proletariats die beschränkten und engen Formen der bürgerlichen Demokratie durch höhere, neue demokratische Formen, die der schöpferischen Aktivität der Massen freien Raum geben, ersetzt werden. Es übersteigt die Kompetenz dieses Senates, ein Werturteil über den demokratischen Charakter der Diktatur des Proletariats abzugeben. Mit dem auf die Abgabe eines solchen Werturteils gerichteten Ansinnen der Bundesregierung wird dem Senat eine Entscheidung zugemutet, die seine rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten überfordern und ihm eine politische Verantwortung aufbürden würde, die er niemals zu tragen in der Lage ist.

Die Bundesregierung hat keine einzige ihrer Behauptungen über die Diktatur des Proletariats beweisen können. Allerdings scheut sich die Bundesregierung trotz dieser unbestreitbaren Tatsachen nicht, auch in den Schlußplädoyers mit ihren früher vorgetragenen Unrichtigkeiten aufzutreten, um eine Verurteilung aller sozialistischen Staaten zu erreichen.

So wird wiederum die Verurteilung der Oktoberrevolution gefordert, wenn die Bundesregierung behauptet (46. Verhandlungstag, Seite 22), die Kommunisten hätten sich in der Geschichte bei ihrer Machtergreifung nicht nach dem Willen der Mehrheit gerichtet. Wieder ist in den Plädoyers der Bundesregierung die Rede von angeblich terroristischem Charakter jeder sozialistischen Staatsmacht, von der Mißachtung der Volkssouveränität, von der Beseitigung jedes Schutzes der Einzelpersonlichkeit, erneut wird das Märchen von der Zwangskollektivierung aufgetischt, das angeblich aus der Vorgeschichte und Entwicklung der Kollektivierung bewiesen worden ist, jedoch nicht Gegenstand der Beweisaufnahme gewesen ist. Während die Beweisaufnahme völlig ein-

deutig ergeben hat, daß die marxistisch-leninistische Theorie zur unbedingten Beachtung dieses Prinzips der Freiwilligkeit bei der Kollektivierung der Landwirtschaft verpflichtet. Obwohl auf ausdrücklichen Beschluß des Gerichts die entsprechenden Beweisthemen im Beweisverfahren nicht behandelt worden sind, versucht die Bundesregierung im Schlußplädoyer, die sozialistische Gesetzlichkeit und die kommunistische Moral herabzusetzen und den ihnen innewohnenden humanistischen Charakter zu leugnen.

Wenn schließlich erneut behauptet wird (46. Verhandlungstag, Seite 21), daß sozialistische Staaten die überstaatlichen Grundrechte der Freiheit und Gleichheit verletzt, dann wird damit deutlich, daß die Bundesregierung hier in erster Linie den Zweck verfolgt, den sozialistischen Staaten den Charakter vollwertiger, gleichberechtigter Mitglieder der internationalen Gemeinschaft abzusprechen. Sie versucht, die gegenwärtigen Verständigungsmöglichkeiten zu unterminieren, indem sie der Sowjetunion die Mitschuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges auferlegt.

Wenn der Herr Vertreter der Bundesregierung behauptet (46. Verhandlungstag, Seite 38), die Sowjetunion habe durch den Pakt von 1939 Hitler den Kriegsbeginn ermöglicht, so will sie damit offensichtlich das Vertrauen in die ehrliche Verständigungsbereitschaft der Sowjetunion untergraben. Es liegt auf der gleichen Linie, wenn der Herr Vertreter der Bundesregierung behauptet (47. Verhandlungstag, Seite 38/39), aus der marxistisch-leninistischen Theorie ergebe sich die Forderung, die Revolution durch antiimperialistische Kriege nach außen zu tragen.

Auf ausdrücklichen Beschluß des Senats ist über die Frage der marxistisch-leninistischen Theorie von Krieg und Frieden in diesem Verfahren nicht Beweis erhoben worden. Welchen Zweck kann es also haben, wenn trotzdem die Bundesregierung jetzt in ihrem Plädoyer diese Frage behandelt und dabei die Lehre des Marxismus-Leninismus vom antiimperialistischen Krieg falsch wiedergibt? Niemals hat bisher ein sozialistischer Staat einen Angriffskrieg geführt. Die marxistisch-leninistische Theorie erklärt, daß die friedliche Koexistenz zwischen Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme möglich ist. Sie erklärt ferner, daß die sozialistische Revolution niemals exportiert werden kann, sondern daß auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechts jedes Volkes allein die Gestaltung seiner inneren Verhältnisse entscheiden muß.

Wenn die Bundesregierung behauptet, aus der marxistisch-leninistischen Theorie ergebe sich die Verpflichtung, die Revolution nach außen zu tragen, dann dient diese Veränderung der historischen Praxis aller sozialistischen Staaten und der marxistisch-leninistischen Theorie allein

dem Zweck, heute, gerade in der gegenwärtigen Situation, die angebliche Notwendigkeit der Einbeziehung Westdeutschlands in den westlichen Militärblock zu begründen und darüber hinaus, das ist der Kern der Behauptung, die Gedanken an die Möglichkeit einer umfassenden wirksamen Entspannung zu begraben. Weil man mit den Behauptungen über die marxistisch-leninistische Theorie die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion hintertreiben will, wird der KPD vorgeworfen (46. Verhandlungstag, Seite 15/16), daß sie gegen jede Antisowjethetze kämpft, also für eine feste Freundschaft des deutschen Volkes mit dem sowjetischen Volke eintritt.

Wenn die Bundesregierung vom Senat verlangt, die marxistisch-leninistische Theorie zur Grundlage des Urteilspruches zu machen, so stellt dieses Ansinnen nicht nur einen Angriff gegen die Möglichkeiten in der internationalen Entspannung dar, sondern es zeigt zugleich, daß die Bundesregierung mit diesem Verbotverfahren die juristische Grundlage für umfassende Aktionen gegen die gesamte Arbeiterklasse und deren Organisationen schaffen will.

Während die Bundesregierung lange Zeit hindurch versucht hat, den Anschein zu erwecken, als ob sie der KPD lediglich das Bekenntnis zu den Lehren Lenins und Stalins zum Vorwurf mache, spricht ihr Vertreter im Schlußplädoyer (46. Verhandlungstag, Seite 14) offen aus, daß es um die Verurteilung der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin geht. Er zitiert zur Begründung seiner Behauptung aus der Entschließung des Parteivorstandes der KPD von 1949:

*„Das höchste Gut der Partei ist die marxistisch-leninistische Theorie, die mächtige, siegreiche Lehre von Marx und Engels, Lenin und Stalin.“*

In den Ausführungen, die der Vertreter der Bundesregierung macht, um die marxistisch-leninistische Theorie insgesamt als überholt zu charakterisieren, wendet er sich ausdrücklich gegen eine angebliche Überwertung des Ökonomischen und seiner Gesetzmäßigkeit, die Marx für das soziale Geschehen vertreten habe und jetzt wohl fast allgemein abgelehnt werde. Die Herren Vertreter der Bundesregierung verfahren dabei nach der gleichen Methode, wie alle die vielen Marxtöter, die sich auch schon vor ihnen in dieser Rolle versucht haben. Sie konstruieren selbst etwas, das sie Marxismus nennen und versuchen die Widerlegung dieser ihrer eigenen Konstruktion.

Die Bundesregierung geht in ihren Schlußplädoyers noch einen Schritt weiter, indem sie es als unvereinbar mit dem Prinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bezeichnet, die Mehrheit des Volkes für eine sozialistische Ordnung zu gewinnen. Es ist ein Alarmzeichen für alle Arbeiter, wenn sich Herr Ritter von Lex in seinen Aus-

führungen ausführlich damit beschäftigt, der Kommunistischen Partei einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie von der Einteilung der Gesellschaft in Klassen spricht und den Klassenkampf als gesellschaftliche Realität bejaht. Wir haben bereits im Zwischenplädoyer zu den Fragen der Theorie erschöpfend dargelegt, daß Marx und Engels keineswegs den Klassenkampf entdeckt haben, sondern bereits bürgerliche Wissenschaftler vor ihnen die Existenz von Klassen festgestellt hatten. Wir haben nachgewiesen, daß die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und der Klassenkampf auch heute noch, und zwar auch in der Bundesrepublik, gegeben ist. Wir haben nachgewiesen, daß man angesichts der mächtigen Streikbewegungen, die im Laufe des letzten Jahres in Westdeutschland vor sich gegangen sind, nur unter völliger Veränderung jeglicher historischer Wahrheit behaupten kann, der Klassenkampf sei eine kommunistische Fiktion. Trotzdem behauptet Herr Ritter von Lex, es seien die Kommunisten, die die Menschen in Klassen einteilen. Niemand soll es künftig aussprechen dürfen, wenn er aus den tatsächlich vor sich gehenden großen Klassenkämpfen zur Erkenntnis gelangt, daß dieser Klassenkampf in der Praxis existiert. Es ist keineswegs nur eine Auffassung der Kommunisten, daß der Klassenkampf einen gesellschaftlichen Realismus darstellt. Schon heute ist die Anerkennung des Klassenkampfes Eigentum breiter Teile der deutschen Arbeiterklasse. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das Programm des Parteivorstandes der SPD vom Januar 1934 ausdrücklich festgestellt hat, daß wenn auch der Nationalsozialismus theoretisch versuche, den Klassenkampf zu leugnen, ihn seine Praxis auf das grausamste verschärft. Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß beispielsweise Viktor Agartz in seiner programmatischen Rede auf dem 3. Bundeskongreß des DGB das Bestehen verschiedener gesellschaftlicher Klassen in der Bundesrepublik ausführlich begründet hat.

Darum richtet sich der von der Bundesregierung gegen die KPD erhobene Vorwurf nicht nur gegen die KPD, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse, die daran gehindert werden soll, zur Einsicht in ihre eigene, auf der Ausbeutung durch die Klasse der Kapitalisten beruhende gesellschaftliche Stellung zu gelangen. Hierin bestätigt sie in ihrem Zusammenhang, daß die Bundesregierung nicht die Beurteilung politischer Ziele im Sinne des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes, sondern vielmehr — wie ich einleitend schon ausgeführt habe — die direkte Verurteilung wissenschaftlicher Erkenntnisse erstrebt. Es ist nicht zu leugnen, daß die Anerkennung und Bejahung des Klassenkampfes in der marxistisch-leninistischen Theorie eine objektive Wissenschaft begründete, eine Erkenntnis darstellt. Man kann der KPD nicht die Bejahung des Klassenkampfes zum Vorwurf machen und gleichzeitig die

Fiktion aufrechterhalten, als sei nicht beabsichtigt, den Wahrheitsgehalt der marxistisch-leninistischen Theorie justitiell beurteilen zu lassen. In welche Situation die Bundesregierung den Senat in diesem Verfahren gebracht hat, ergibt sich daraus, daß die Beweiserhebung für die politische Ökonomie des Marxismus-Leninismus ebenfalls auf Beschluß des Senats nicht zugelassen worden ist. Die gesamten theoretischen Grundlagen, auf denen der Klassenbegriff und die Einschließung des Klassenkampfes in der marxistisch-leninistischen Theorie beruhen, durften in diesem Verfahren somit nicht zur Sprache gebracht werden. Deshalb glaubt die Bundesregierung mit ihrer oberflächlichen Behauptung, die sozialen Unterschiede seien auf die Verschiedenartigkeit der Menschen an Veranlagung und Leistung zurückzuführen, alles Notwendige gesagt zu haben, um eine mehr als hundert Jahre alte Wissenschaft und die täglich aufs Neue in der Praxis gemachte Erfahrung, daß die sozialen Unterschiede in der gegenwärtigen Situation in erster Linie auf der verschiedenartigen Stellung der Menschen zu den Produktionsmitteln beruhen, aus den Angeln heben zu können.

Diese Versuche können doch nichts daran ändern, daß immer breitere Kreise der Arbeiterklasse die tatsächlichen Bedingungen ihres gegenwärtigen Lebens richtig in Übereinstimmung mit den Tatsachen erkennen und infolgedessen in immer größerem Umfange zu eigenen, ständig machtvoller werdenden Aktionen schreiten werden.

Die Bundesregierung versucht in den Schlußplädoyers, aus der marxistisch-leninistischen Theorie Schlußfolgerungen auf Ziele im Sinne des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes zu ziehen, indem sie erneut eine schematische Verbindung der gesamten marxistisch-leninistischen Theorie für die politische Praxis der Kommunistischen Partei Deutschlands konstruiert. Sie erklärt, jeder einzelne Satz des Marxismus-Leninismus, der in irgendeinem der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus enthalten sei, müsse in stark dogmatischem Sinne als Verhaltensmaxime für die KPD betrachtet werden. Obwohl an zahlreichen Beispielen nachgewiesen worden ist, daß die marxistisch-leninistische Theorie zahlreiche Elemente enthält, die nur für ganz bestimmte, einmalige, konkrete historische Situationen entwickelt wurden, bleibt die Bundesregierung auf der ihr durch den McCarran-Bericht vorgeschriebenen Deutung des Begriffes Verbindlichkeit bestehen. Deshalb erklärte Herr Rechtsanwalt Dr. Dix beispielsweise nach wie vor die Forderung, die Partei als einen engen Kreis von Berufsrevolutionären zusammenzusetzen, als für die KPD verbindlich. Die aktuelle Bedeutung dieser Grundsätze ergebe sich aus dem „Kurzen Lehrgang“ Seite 43 ff. Wir haben nachgewiesen, daß Lenin in seinem Werk „Was tun?“ die organisatorischen Prinzipien entwickelt hat, nach denen sich die Partei unter den Bedingungen des

zaristischen Absolutismus bilden sollte. Es ist angesichts der tatsächlichen Ergebnisse der Beweisaufnahme unmöglich, die Verbindlichkeit dieser Prinzipien für die KPD zu behaupten. Oder will die Bundesregierung vielleicht die Verhältnisse in Westdeutschland mit denen identifizieren, die im zaristischen Rußland herrschten?

Im übrigen dienen diese Ausführungen des Vertreters der Bundesregierung allein dem Zwecke der Stimmungsmache gegen die KPD. Das gilt insbesondere von der Behauptung von Rechtsanwalt Dr. Dix, die der Partei angehörenden Berufsrevolutionäre sollten vor keinem Mittel zurückschrecken. Die von der Partei propagierten und angewandten Mittel des politischen Kampfes sind in der Beweisaufnahme so ausführlich dargelegt worden, daß diese Behauptung des Prozeßvertreters der Bundesregierung für jeden erkennbar jeglicher Grundlage entbehrt. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß es dem Wesen der marxistisch-leninistischen Theorie widerspricht, eine schematische Verbindlichkeit aller Prinzipien dieser Theorie für jede historische Situation zu behaupten. Der Senat hat bis heute keine Beweiserhebung über die dialektische Methode durchgeführt. Eine Beurteilung der Frage, in welcher Weise aus der marxistisch-leninistischen Theorie Schlußfolgerungen für die politische Praxis gezogen werden, ist jedoch nur möglich, wenn man die gesamte wissenschaftliche Theorie, deren wesentlicher Bestandteil die Methode selbst ist, in die Untersuchung einbezieht. An einer solchen umfassenden Beweiserhebung über die Theorie war die Bundesregierung jedoch nicht interessiert, und der Senat ist ihr bedauerlicherweise dabei gefolgt, obwohl er damit, nachdem er die Beweisaufnahme über die Theorie überhaupt schon zugelassen hat, seiner Pflicht zur Wahrheitsfindung nicht nachkam.

Präsident: Herr Rechtsanwalt, das ist doch unerhört. Sie üben hier Kritik. Ich möchte ein für allemal bemerken, daß ich jede Kritik an unseren Entscheidungen zurückweisen werde, daß ich jedem Anwalt und Vertreter das Wort entziehen werde, wenn er sich noch einmal nach dieser Richtung hin betätigt.

Rechtsanwalt Dr. Wessig: Durch eine solche umfassende Beweisaufnahme wäre den Deutungsversuchen der Bundesregierung der Boden entzogen worden. So aber behaupten die Vertreter der Bundesregierung, ohne den Schatten eines Beweises dafür angetreten zu haben, es gebe unausgesprochene Ziele der KPD, die zwar bestimmte Ziele verkünde, was aber das Vorhandensein anderer Ziele nicht ausschließe. Wenn die Bundesregierung bei der Begründung ihres Antrages zu solchen Methoden greifen muß, so liegt darin ein weiteres Eingeständnis dessen, daß alle ihre Versuche, aus der tatsächlichen politischen Zielsetzung der KPD für die Bundesrepublik den Nachweis für eine

verfassungswidrige Zielsetzung zu führen, absolut mißlungen sind. Nur deshalb behauptet die Bundesregierung, es sei lange geübte Praxis kommunistischer Parteien, ihre wahren Ziele mit Rücksicht auf rechtliche Notwendigkeiten zu verschleiern. Dabei erklärten Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest“: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.“ Heute ist die kommunistische Weltanschauung mehr als hundert Jahre alt, und tatsächlich haben bisher noch nie die Kommunisten darauf verzichtet, sich zu dieser Theorie zu bekennen. Sie haben sich selbst dann zu ihrer Theorie bekannt, als das Bekenntnis zu dieser Theorie die Anwendung grausamster Unterdrückungsmethoden nach sich zog. Immer haben die Kommunisten offen vor der gesamten Öffentlichkeit erklärt, welche konkreten Ziele sie in der jeweiligen historischen Situation verfolgten. Immer haben sich die Kommunisten davon distanziert, den Massen nicht die Wahrheit über ihre politischen Ziele zu sagen.

An der Stelle, auf die Rechtsanwalt Dr. Dix in seinem Schlußplädoyer verweist (Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Seite 393), setzt sich Walter Ulbricht mit fehlerhafter Auffassung Brandlers auseinander. Dieser habe ein Aktionsprogramm aufgestellt, das man gerade deshalb ablehnen müsse, weil es das kommunistische Endziel verschleierte und stattdessen versuche, den Arbeiter mit Mitteln der List zum Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung in Bewegung zu bringen. Walter Ulbricht erklärt:

*„Die gleichen falschen Auffassungen hat Brandler mit seinem Aktionsprogramm wiederholt. Das Wesen dieses Aktionsprogrammes besteht darin, durch Verschleierung des kommunistischen Endzieles mit den Mitteln der List die Arbeiter zum Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung in Bewegung zu bringen.“*

Ausdrücklich erklärt Herr Rechtsanwalt Dr. Kalsbach, daß die Partei, weil sie die Theorie als verbindlich anerkenne, sich um die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats bemühe, und schließlich erklärt Herr Rechtsanwalt Dr. Dix (46. Verhandlungstag, Seite 39):

*„All dies zeigt, daß sich die Antragsgegnerin mit der Art der von ihr im Augenblick propagierten Politik nur im Rahmen der in den Volksdemokratien erprobten politischen Richtlinien und Grundsätze des Marxismus-Leninismus bewegt.“*

In diesem Verfahren ist aber weder Beweis darüber erhoben worden, wie die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den volksdemokratischen Staaten vor sich gegangen ist, noch hat Rechtsanwalt Dr. Dix in seinen langen Ausführungen, die dieser Feststellung vorangingen, einen einzigen Hinweis gegeben, inwiefern die praktische Politik

der KPD in der Bundesrepublik die gleichen konkreten Ziele verfolge, die die Politik der Kommunistischen Parteien in den volksdemokratischen Ländern bestimmen bzw. bestimmt haben.

Herr Rechtsanwalt Dr. Kalsbach geht schließlich soweit, aus der Theorie des Marxismus-Leninismus herauszulesen, sie schreibe der Partei das Streben nach der Ausdehnung des Herrschaftssystems der sogenannten SBZ auf ganz Deutschland vor. Hier liegt der Kern der ganzen Beweiskonstruktion. Da man keinen Beweis aus der praktischen Politik von solchen Übertragungsabsichten führen konnte, konstruierte man ihn aus der Theorie, die sich mit der Frage, wie die Wiedervereinigung Deutschlands zu erfolgen habe, natürlich nie befaßt hat.

Die marxistisch-leninistische Theorie ist keine Sammlung von Leitsätzen, die in jeder historischen Situation, unabhängig von den konkreten Bedingungen, schematisch angewandt werden kann. Ich verweise lediglich auf die am 16. Tag verlesene Stelle aus dem „Kurzen Lehrgang“, wo es heißt:

*„Es könnte scheinen: die marxistisch-leninistische Theorie gemeistert haben bedeute, einzelne Schlußfolgerungen und Leitsätze aus den Werken von Marx, Engels und Lenin gewissenhaft auswendig lernen, um sie zur rechten Zeit zu zitieren, und sich damit zufrieden geben in der Hoffnung, daß die auswendig gelernten Schlußfolgerungen und Leitsätze für jede Situation, für alle Wechselfälle des Lebens tauglich seien. Aber ein solches Herangehen an die marxistisch-leninistische Theorie ist völlig unrichtig. Man darf die marxistisch-leninistische Theorie nicht als Dogmensammlung, als einen Katechismus, als eine Glaubensformel betrachten, noch die Marxisten selbst als Wortklauber und Schriftgelehrte. Die marxistisch-leninistische Theorie ist die Wissenschaft von der Entwicklung der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Arbeiterbewegung, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Als Wissenschaft bleibt sie nicht auf der Stelle stehen und kann es auch nicht.“*

Die marxistisch-leninistische Theorie verpflichtet dazu, in jeder historischen Situation die objektiv wirksamen Faktoren gründlich zu analysieren. Die Theorie verhilft dazu, in jeder historischen Lage die Orientierung zu behalten und die sich aus der jeweiligen historischen Situation ergebenden Aufgaben zu erkennen und zu lösen. Dabei geht die marxistisch-leninistische Theorie davon aus, daß die Menschen an die objektiven Voraussetzungen gebunden sind und mit den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen nicht nach Belieben unspringen können. Da für die Ausnutzung und Anwendung der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze jeweils bestimmte, objektive Voraussetzungen gegeben sein müssen, ist die von der Bundesregierung gezogene Schlußfolgerung,

man könnte als Kommunist politische Ziele nach Belieben aufstellen, völlig abwegig.

Wir haben nachgewiesen, daß die gegenwärtigen in aller Offenheit proklamierten Forderungen der KPD sich tatsächlich aus einer genauen und gründlichen Analyse der gegenwärtigen historischen Situation und allen ihren einzelnen Faktoren ergeben. Auf Grund dieser Analyse ist die Partei unter Anwendung der Theorie zur Aufstellung derjenigen programmatischen Forderungen gelangt, für die sie hier im Verfahren Beweis angetreten hat. Mit vollem Recht konnte deshalb Max Reimann auf der 8. Tagung des Parteivorstandes beispielsweise feststellen:

*„Unser Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands ist somit die Anwendung der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin auf die Lage in Westdeutschland.“*

Alle Deutungsversuche der Bundesregierung aus der marxistisch-leninistischen Theorie sind also müßig. In den grundlegenden Dokumenten der Partei selbst ist formuliert, welche Schlußfolgerung die KPD aus der Theorie des Marxismus-Leninismus für ihren Kampf in der Bundesrepublik bezogen hat und bezieht.

Die Bundesregierung hat schließlich versucht, ihre Behauptung von der Hintergründigkeit der Politik der KPD erneut mit Entstellungen aus der Lehre des Marxismus-Leninismus von Strategie und Taktik zu unterstreichen. Auch in dieser Frage haben die Schlußplädoyers der Bundesregierung nur diejenigen Konstruktionen wiederholt, die von Herrn Prof. Kröger bereits am 27. Tag im Zwischenplädoyer zur Theorie in jedem einzelnen Punkt widerlegt worden sind. Es ist bezeichnend, daß die Bundesregierung es geflissentlich vermieden hat, auch nur mit einem einzigen Wort auf die damals von uns getroffenen exakten Feststellungen über die Bedeutung der Lehre von Strategie und Taktik für die gegenwärtige Politik der Kommunistischen Partei einzugehen. Wir haben damals nachgewiesen, daß es keineswegs in der Epoche des Imperialismus nur die Möglichkeit einer einzigen strategischen Zielsetzung gibt. Trotzdem behauptet die Bundesregierung erneut, Imperialismus bedeute, daß die proletarische Revolution für jede kommunistische Partei auf der Tagesordnung stehe. Sie vermeidet aber sorgfältig jedes Eingehen darauf, inwiefern die strategische Zielrichtung der KPD gegenwärtig auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats abziele. Die Bundesregierung vermeidet ebenso sorgfältig, sich damit auseinanderzusetzen, daß nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme tatsächlich von einer kommunistischen Partei jeweils nur ein einziges historisches Ziel, nur eine einzige strategische Zielsetzung verfolgt werden kann. Wir haben nachgewiesen, daß sich aus dem jeweiligen historischen Ziel, das sich für eine ganze historische Etappe ergibt, immer nur eine strategische

Richtung, nur ein strategischer Plan ergibt, der für diese ganze Etappe verbindlich ist. Die Bundesregierung behauptet dennoch, selbst wenn die Wiedervereinigung ein strategisches Ziel der KPD sei, schließe das die Existenz anderer Ziele, insbesondere das Hauptziel der sozialistischen Revolution, nicht aus

Nach wie vor behauptet die Bundesregierung, die KPD beabsichtige, eine revolutionäre Situation mit den objektiven und subjektiven Faktoren zu schaffen, denn die Verschiedenheit in den gesellschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Länder bedinge lediglich taktische Modifikationen. Deshalb führe die Analyse der konkreten Situation nicht dazu, die strategische Zielsetzung zu verändern.

Mit allen diesen Behauptungen beweisen die Vertreter der Bundesregierung nicht nur, wie wenig sie in der Lage sind, die Probleme der marxistisch-leninistischen Theorie zu verstehen, sondern sie offenbaren damit auch, daß sie die Ergebnisse der Beweisaufnahme ignorieren. Ich verweise lediglich auf das am 27. Tag verlesene Zitat von Stalin:

*„Die ökonomische Entwicklung des Landes, die Entwicklung des Kapitalismus, der Zerfall der alten Staatsmacht, die spontane Bewegung des Proletariats und der Klassen, die es umgeben, die Zusammenstöße der Klassen und anderes, das alles sind Erscheinungen, deren Entwicklung nicht vom Willen des Proletariats abhängt. Das bildet die objektive Seite der Bewegung. Die Strategie hat mit diesem Prozesse nichts zu tun. Sie kann sie weder aufhalten noch ändern, sie kann nur mit ihnen rechnen und von ihnen ausgehen. Die Strategie der Partei ist nichts Konstantes, ein für allemal Gegebenes, sie verändert sich je nach den historischen Wendungen, den historischen Verlagerungen.“*

Die Bundesregierung weiß genau, daß ihr der Nachweis für eine auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats strebende Zielsetzung der Kommunistischen Partei nicht gelungen ist. Das allein kann nur der Grund dafür sein, daß sie noch eine neue Methode der sogenannten Verschleierung entdeckte. Sie behauptet nämlich (46. Verhandlungstag, Seite 9), lediglich aus dem Grunde der Verschleierung projiziere die KPD die Errichtung der Diktatur des Proletariats in eine ferne Zukunft. Das ist freilich eine eigenartige Entwicklung. Die Kommunisten sprechen offen aus, was sie hier und heute wollen. Sie sprechen darüber hinaus zugleich offen aus, was sie später anstreben werden, und gerade weil sie derart offen sowohl die konkreten Ziele als auch ihr Endziel vor den Massen aufzeigen, werden sie jetzt von der Bundesregierung der Verschleierung und des Betruges bezichtigt.

Da es der Bundesregierung mit den bisher vorgetragenen Entstellungen der marxistisch-leninistischen Theorie nicht gelungen ist, ihre

Beweiskonstruktionen zu untermauern, stellt sie in den Schlußplädoyers unvermittelt die Behauptung auf, die KPD erstrebe zwar nicht die proletarische, aber immerhin die bürgerlich-demokratische Revolution, die ja als Revolution in Permanenz zur proletarischen Revolution werden solle. Mit dieser Behauptung der Bundesregierung tauchen neue Deutungsversuche auf, die in der Beweisaufnahme überhaupt nicht erörterte Probleme betrachten. Deutlicher hätte die Bundesregierung nicht sein können, wie sie selbst den Beweiswert alles dessen einschätzt, was von ihr während der Beweisaufnahme vorgetragen wurde. Dabei ist von besonderem Interesse, daß die Bundesregierung noch in dem Schlußplädoyer erneut die Methode der Veränderung von Zitaten ergreift. Sie führt längere Stellen aus der Nr. 2,3/53 der Zeitschrift „Wissen und Tat“ an (47. Verhandlungstag, Seite 50/51), und zwar Auszüge aus einem Artikel von Lilo Heisel, der unter dem Titel „Einige Lehren für die Arbeiterschaft Westdeutschlands“ aus Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ erschienen ist. Die Methode der Bundesregierung zwingt mich, die Zusammenhänge und den Wortlaut dieser Zitate etwas genauer darzulegen. Einleitend zitiert die Bundesregierung einige Absätze, in denen davon gesprochen wird, die Erfahrungen der russischen Sozialdemokratie der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905 und die von Lenin formulierten Leitsätze seien für die KPD von besonderer Bedeutung. Dann folgen einige Stellen aus dem genannten Artikel, in denen die taktischen Leitsätze erläutert werden. Dabei läßt die Bundesregierung jedoch in jedem einzelnen Falle aus, welche konkreten Schlußfolgerungen im Artikel für die Situation in Westdeutschland gezogen werden. So zitiert die Bundesregierung:

*„Der erste Leitsatz besagt, daß das Proletariat der Führer der bürgerlich-demokratischen Revolution sein kann und muß.“*

Dann aber läßt sie die Ausführungen Lilo Heisels weg, aus diesem Leitsatz ergebe sich vor allem, daß die führende Rolle des Proletariats möglich ist, wenn es seine eigene, unabhängige Partei besitzt. Es heißt dazu in dem Artikel:

*„Daraus ergibt sich für uns die Schlußfolgerung der allseitigen Stärkung unserer Partei, denn nur eine politisch, ideologisch und organisatorisch festgefügte zielklare Partei kann die Massen zum Siege führen.“*

Weiter stellt Lilo Heisel fest, die führende Rolle des Proletariats werde wirksam, wenn das Proletariat ein enges Bündnis mit der gesamten Bauernschaft herstellt. Und daraus zieht sie wiederum die konkrete Schlußfolgerung:

„Gerade diese Frage des Bündnisses mit der Bauernschaft hat auch für uns so große Bedeutung. Wie viele Unterlassungssünden begehen wir doch in unserer täglichen Arbeit in dieser Frage, wie viele Vorbehalte gegenüber den Bauern existieren bei vielen unserer Genossen. Gerade die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit hat in Westdeutschland unter der Landbeschlagnahme, der Preis- und Steuerpolitik besonders zu leiden. Viele Interessen haben die Arbeiter und Bauern gemeinsam, vor allem in der Hauptfrage, daß das reaktionäre Adenauer-Regime gestürzt werden muß, weil es die Existenz und das Leben der Arbeiter und Bauern gleichermaßen bedroht.“

Das, und nur das, sind die Schlußfolgerungen, die sich für die gegenwärtige Situation in Westdeutschland nach dem zitierten Artikel aus dem ersten taktischen Leitsatz Lenins ergeben. Weiter zitiert die Bundesregierung:

„Lenin entwickelt in seinem bedeutsamen Werk ‚Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution‘ einen zweiten taktischen Leitsatz.

Er sah das wichtigste Mittel zum Sturz des Zarismus in Rußland und zur Eroberung der demokratischen Republik im siegreichen bewaffneten Aufstand des Volkes.“

Die Ausführung dieser Stelle kann nur den Sinn haben, daß die Bundesregierung damit den Eindruck erwecken will, als ob auch diese Lehren des siegreichen bewaffneten Aufstandes des Volkes für die KPD in ihrer gegenwärtigen Politik verbindlich seien. Deshalb werden auch die folgenden Stellen des Artikels von Lilo Heisel wiederum nicht zitiert. Sie lauten:

„Es ist lehrreich, einige Prinzipien aus der Problematik des zweiten taktischen Leitsatzes etwas näher zu betrachten, denn Lenin untersucht in diesem Zusammenhang sehr genau, wie die Massen des Volkes an die Positionen des revolutionären Kampfes herangeführt werden müssen. Aus den Losungen, die Lenin in seinem Werk ‚Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution‘ für die revolutionäre Mobilisierung der Massen in der demokratischen Revolution von 1905 entwickelt, sind zwei von besonderer Bedeutung.

Das ist erstens die Taktik der revolutionären Verwirklichung des achtstündigen Arbeitstages in der Stadt und der demokratischen Umgestaltung auf dem Lande“

Die Bundesregierung zitiert erst wieder:

„Lenin und Stalin lehrten das russische Proletariat, daß die Mehrheit des Volkes nicht halt machte vor den Gesetzen und Autoritäten.“

Sie vergißt dabei nur den Satz bis zum Ende zu zitieren. Er lautet nämlich:

„... wobei die Mehrheit des Volkes nicht halt machte vor den Gesetzen und Autoritäten der zaristischen Regierung.“

Es handelt sich hier also um eine Feststellung, wie das russische Proletariat gegen die zaristische Regierung gekämpft hat. Man merkt an der Zitierweise der Bundesregierung, daß sie aus diesem Zitat durch die Veränderung des Wortlautes des Zusammenhanges den lange gesuchten Beweis für die Aufforderung der Kommunistischen Partei zur Mißachtung von Gesetzen schlechthin machen möchte. Sie zitiert dann weiter:

„Entscheidend ist, daß der Kampf um die Verwirklichung solcher Forderungen der Werktätigen auf revolutionäre Art ausgeführt wird.“

Was unter solchem auf revolutionäre Art geführtem Kampf zu verstehen ist, zeigen die nächsten, nicht zitierten Sätze ganz genau:

„Es ist lehrreich, am Kampf der Bergarbeiter um den Siebeneinhalb-Stunden-Tag und die Erhöhung des Schichtlohnes diese Frage zu untersuchen und zu sehen, wie die Bergarbeiter entschlossen sind, ihre Forderungen durchzusetzen. Sie waren bereit, für diese Forderungen in den Streik zu treten.“

Und schließlich verlas der Vertreter der Bundesregierung folgende Stelle:

„Das Endziel der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Sozialismus. Jedoch kann der Kampf um den Sozialismus in Deutschland nur erfolgreich geführt werden durch den revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes.“

Dieser von der Bundesregierung vorgetragene Wortlaut könnte zu der Schlußfolgerung führen, nach Auffassung Lilo Heisels sei der revolutionäre Sturz des Adenauer-Regimes identisch mit dem Kampf um den Sozialismus. Offensichtlich aus diesem Grund hat die Bundesregierung diesen Wortlaut des Zitats gewählt. Der tatsächliche Wortlaut unterscheidet sich davon allerdings erheblich. Es heißt dort:

„Das Endziel der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Sozialismus. Jedoch kann der Kampf um den Sozialismus in Deutschland nur erfolgreich geführt werden, wenn zuvor in Westdeutschland die demokratischen Freiheiten erkämpft und gesichert sind durch den revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes. Dadurch wird der Weg freigemacht zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, zur Sicherung des Friedens in Europa und die Perspektive eröffnet zu einem Leben in Freiheit, Wohlstand und Glück für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten auch in Westdeutschland. Der Weg dorthin, die einzelnen Etappen des Kampfes bis zur nationalen

*Wiedervereinigung Deutschlands und der Erringung eines Friedensvertrages sind in dem von unserer Partei herausgegebenen Programm offen dargelegt.“*

Aus diesem Wortlaut folgt lediglich, daß heute in Westdeutschland die Sicherung der demokratischen Freiheiten und der Kampf um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands als einziges Ziel auf der Tagesordnung stehen. Aus diesem Wortlaut des Zitats kann man nichts anderes über die konkrete politische Zielsetzung der Kommunistischen Partei herauslesen, als in allen grundlegenden Dokumenten der KPD festgelegt und unter Beweis gestellt worden ist.

Welche Schlußfolgerungen sollen sich nun aus der Behauptung der Bundesregierung, die KPD erstrebe die bürgerlich-demokratische Revolution, im Hinblick auf eine verfassungswidrige Zielsetzung der KPD ergeben?

Der Vertreter der Bundesregierung behauptet, die bürgerlich-demokratische Revolution sei die Entmachtung des Monopolkapitals. Das entspricht keineswegs der Lehre des Marxismus-Leninismus von der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Entmachtung des Monopolkapitals ist nämlich durchaus nicht mit der bürgerlich-demokratischen Revolution identisch. Eine Revolution ist nach der Theorie des Marxismus-Leninismus zunächst deshalb eine bürgerliche Revolution, weil sie antif feudale Aufgaben löst, das heißt der Überwindung gesellschaftlicher und staatlicher Verhältnisse dient, die historisch der Epoche des Feudalismus zuzurechnen sind. In dem von der Bundesregierung angerufenen Werk Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ heißt es dazu:

*„Die Marxisten sind von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution unbedingt überzeugt. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß jene demokratischen Umgestaltungen der politischen Ordnung und jene sozialökonomischen Umgestaltungen, die für Rußland notwendig geworden sind, an und für sich nicht nur keine Untergrabung des Kapitalismus, keine Untergrabung der Bourgeoisie bedeuten, sondern daß sie umgekehrt zum ersten Mal wirklich den Boden säubern werden für eine breite und schnelle, europäische und nicht asiatische Entwicklung des Kapitalismus, daß sie zum ersten Mal die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse möglich machen werden.“*

Dort, wo heute eine bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung steht — und das gilt insbesondere für zahlreiche koloniale Länder, in denen noch feudale oder halbfeudale Zustände herrschen —, trägt die bürgerlich-demokratische Revolution in der Regel allerdings zugleich antiimperialistischen Charakter, weil der Kampf um den gesell-

schaftlichen Fortschritt in allen diesen Ländern notwendig mit dem Kampf gegen die ausländische imperialistische Unterdrückung und gegen die verräterische Großbourgeoisie des eigenen Landes verbunden ist. Während diese Kräfte sich jeder demokratischen Entwicklung aus Furcht vor dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstellen, ist allein die Arbeiterklasse in der Lage, die bürgerlich-demokratischen Ziele konsequent zu vertreten und dort, wo sie auf der Tagesordnung steht, auch die bürgerlich-demokratische Revolution bis zu ihrem erfolgreichen Ende zu führen.

Während tatsächlich die bürgerlich-demokratische Revolution in der gegenwärtigen Epoche in der Regel mit Maßnahmen verbunden ist, die gegen das ausländische Monopolkapital und das Großkapital des eigenen Landes gerichtet sind, ergibt sich daraus aber doch keineswegs, daß es sich überall dort, wo die Entmachtung des Monopolkapitals gefordert wird, um die Durchführung einer bürgerlich-demokratischen Revolution handelt oder handeln muß. Deshalb ist auch die Schlußfolgerung der Bundesregierung, die KPD wolle die bürgerlich-demokratische Revolution, weil sie die Entmachtung des Monopolkapitals fordere, in keiner Weise begründet.

Auch aus der Forderung der KPD nach Durchführung einer Bodenreform kann man unmöglich die Schlußfolgerung ziehen, die KPD wolle die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution. Es handelt sich bei der Forderung nach der Bodenreform zweifellos darum, daß die KPD für die Durchführung einer Maßnahme eintritt, die anti-feudalen Charakter trägt, aber leider im Zuge der bürgerlich-demokratischen Umwälzungen in Deutschland im Laufe der letzten hundert Jahre noch nicht durchgeführt worden ist.

Aber auch daraus, daß die KPD für die endliche Durchführung einer noch immer ungelösten Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution eintritt, kann man doch nicht die Schlußfolgerung ziehen wollen, sie fordere die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Im übrigen ist die Frage der Entmachtung des Monopolkapitals insbesondere ausführlich im Rahmen der konkreten Zielsetzung der KPD behandelt worden. Es ist an Hand der Dokumente der Partei erschöpfend unter Beweis gestellt worden, was die KPD unter Entmachtung des Monopolkapitals versteht, zu welchem Zeitpunkt und auf welchem Wege sie diese Entmachtung erstrebt. Zweifellos können sich in dieser Frage keine neuen Schlußfolgerungen dadurch ergeben, daß die Bundesregierung jetzt die Entmachtung des Monopolkapitals einfach als die bürgerlich-demokratische Revolution bezeichnet.

Da die Bundesregierung sicher nicht mit diesen Ausführungen zum Ausdruck bringen will, in Westdeutschland seien solche gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse, wie sie den deutschen Zuständen der Jahre vor 1848 entsprächen, bleibt für diese neue Behauptung der Bundesregierung nur eine Erklärung: Da sie der KPD nicht die Vorbereitung der proletarischen Revolution, der sozialistischen Revolution hat nachweisen können und mit allen darauf gerichteten Beweiskonstruktionen Schiffbruch erlitten hat, versucht sie jetzt durch die Einführung der Bezeichnung „bürgerlich-demokratische Revolution“ für einige von der KPD geforderte konkrete Maßnahmen doch noch den Vorwurf aufrecht zu erhalten, die KPD erstrebe die gewaltsame Revolution. Das Scheitern der Beweisführung über die angeblich auf die Herbeiführung der proletarischen Revolution gerichteten Zielsetzung der KPD ist der Grund, warum jetzt der Vorwurf erhoben wird, es werde zumindest die bürgerlich-demokratische Revolution vorbereitet.

Zu welchen Ergebnissen führen aber diese Konstruktionen der Bundesregierung tatsächlich? Sie führen dazu, daß jetzt nachträglich die bürgerlich-demokratische Revolution und damit alle Errungenschaften, die mit den bürgerlich-demokratischen Umwälzungen in der Geschichte auch des deutschen Volkes eingetreten sind, verurteilt werden. Tatsächlich verurteilt die Bundesregierung mit ihren Vorwürfen gegen die bürgerlich-demokratische Revolution die Errungenschaften der Revolutionen von 1640 in England, von 1789 in Frankreich und 1848 in Deutschland. Diese Konstruktionen bedeuten eine Verurteilung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, die gerade durch die bürgerlich-demokratische Revolution überhaupt erst möglich geworden sind. Damit aber entzieht die Bundesregierung gerade derjenigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die sie ständig zu vertreten vorgibt, selbst den Boden.

Der KPD wurde ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie behauptet, die Bundesregierung mißachte die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten. Jetzt hat die Bundesregierung selbst ausgesprochen, daß sie die Verurteilung der bürgerlich-demokratischen Revolution, das heißt aber notwendig aller daraus resultierenden Rechte und Freiheiten vom Senat verlangt. Allerdings ist der Bundesregierung die Existenz dieser bürgerlichen Rechte und Freiheiten, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, heute nicht mehr angenehm. Wenn es nach den Wünschen der Bundesregierung ginge, dann würde jedes Bekenntnis zu den Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolution, die Verteidigung aller bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten für verfassungswidrig erklärt werden.

## Die Lehre der marxistisch-leninistischen Theorie von der nationalen Frage

Von besonderer Bedeutung in der marxistisch-leninistischen Theorie ist die Lehre von der nationalen Frage. Dieser Teil der Theorie gibt insbesondere auch die wissenschaftliche Begründung für die gegenwärtige Zielsetzung der KPD. Obwohl die KPD auf dem Standpunkt steht, daß es rechtlich unzulässig ist, aus irgendeinem Problem der marxistisch-leninistischen Theorie Schlußfolgerungen auf eine konkrete Zielsetzung der Partei im Sinne des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes zu ziehen, und obwohl wir es deshalb auch nicht für notwendig erachtet haben, sämtliche von der Bundesregierung vorgetragenen Veränderungen der marxistisch-leninistischen Theorie richtigzustellen, muß ich zur Lehre der nationalen Frage Stellung nehmen.

Die Notwendigkeit, zusammenfassend zur Lehre von der nationalen Frage im Schlußplädoyer Stellung zu nehmen, ergibt sich auch daraus, daß über diesen Teil der marxistisch-leninistischen Theorie bis zum Schluß der Beweisaufnahme die Beweiserhebung immer nur bruchstückweise erfolgt ist. Abgesehen von einigen Dokumenten, deren Zulassung vom Senat ganz am Ende der Beweisaufnahme beschlossen wurde, konnte zur Lehre von der nationalen Frage im wesentlichen immer nur in Erwiderung auf die Vorwürfe der Bundesregierung Stellung genommen werden.

Die marxistisch-leninistische Theorie von der nationalen Frage stellt fest, daß die Politik, die von den verschiedenen Klassen hinsichtlich der nationalen Frage betrieben wird, nicht unabhängig von den allgemeinen, das heißt doch nationalen Interessen der betreffenden Klasse ist, sondern sich direkt aus diesen Klasseninteressen ergibt.

Auf der Grundlage der Ergebnisse über den Klassenkampf stellt der Marxismus-Leninismus fest, daß die Bourgeoisie in der Zeit, in der sie selbst um die Macht kämpfte und in der sich die bürgerliche Gesellschaft noch in aufsteigender Entwicklung befand, eine progressive Politik in der nationalen Frage betrieb. Deshalb stand die Bourgeoisie an der Spitze der nationalen Bewegungen, die zur Herausbildung der modernen Nationalstaaten am Beginn der Neuzeit führten. Deshalb stand die Bourgeoisie damals auch an der Spitze des Kampfes aller Nationen, die gegen andere Nationen um ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit ringen mußten. Sie stand an der Spitze der nationalen Einigungsbewegung.

Aus diesen Interessen der Bourgeoisie heraus ist es auch zu erklären, daß die Vertreter dieser Klasse damals das Prinzip der Souveränität, der staatlichen Unabhängigkeit entwickelten und verteidigten.

Für die Stellung der Bourgeoisie zur nationalen Frage war aber auch bereits in der damaligen Zeit noch ein anderes Moment von entscheidender Bedeutung. Entsprechend ihren spezifischen, auf die Erzielung von Profit gerichteten Klasseninteressen war die Bourgeoisie nicht nur an der Verteidigung der eigenen nationalen Unabhängigkeit, sondern zugleich an der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker interessiert. Deshalb verteidigten die bürgerlichen Klassen beinahe sämtlicher europäischer Länder nicht nur ihre eigene staatliche Unabhängigkeit, sondern kämpften zugleich um die Schaffung von Kolonien in allen Teilen der Erde. Dem entsprach es, daß die Ideologie der Vertreter der Bourgeoisie in diesen Ländern das Prinzip der staatlichen Souveränität auf die sogenannten nichtzivilisierten Nationen nicht ausgedehnt wissen wollten.

In der Epoche des Imperialismus vollzieht sich in der nationalen Frage eine wesentliche Veränderung. In den bürgerlichen nationalen Staaten tritt an Stelle der bisher herrschenden gesamten Bourgeoisie die relativ kleine Gruppe des Monopolkapitals. Die Monopolkapitalisten streben nicht nur nach der Ausbeutung und Unterdrückung zurückgebliebener Nationen, sondern jetzt, nachdem es keine sogenannten herrenlosen Gebiete in der Welt mehr gibt, gehen sie dazu über, auch entwickelte, fortschrittliche Nationen auszubeuten und zu unterdrücken. Diese Verwandlung entwickelter und fortgeschrittener Nationen in abhängige Nationen vollzieht sich auf dem Wege der verschiedenen Stufen wirtschaftlicher bis zur vollen politischen Abhängigkeit, so wie die Unterordnung Westdeutschlands unter die amerikanische Oberhoheit vom Marshall-Plan bis zu den Pariser Verträgen führt.

Das Monopolkapital derjenigen Nationen, die sich gegenüber mächtigeren Nationen in einem Zustand der Abhängigkeit befinden, ist jetzt, im Imperialismus, aus Furcht vor der fortschrittlichen Bewegung des eigenen Landes, nicht mehr in der Lage, den Kampf um die nationale Unabhängigkeit zu führen. Deshalb geht die Monopolbourgeoisie dazu über, auch auf die Verteidigung der Unabhängigkeit der eigenen Nation zu verzichten, um die Unterstützung des Monopolkapitals bei der Unterdrückung der fortschrittlichen Bewegung des eigenen Landes zu gewinnen.

Das zeigte sich, als das deutsche Monopolkapital sich im Jahre 1918 den Westmächten verkaufte, um der Revolution im eigenen Lande Herr zu werden. Das zeigte sich in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, als die Großbourgeoisie des Rheinlandes die Errichtung einer westdeutschen Republik unter französischer Oberhoheit erstrebte. Das zeigt sich heute, wo die westdeutsche Monopolbourgeoisie in den Pariser Verträgen ausländischen Staatskräften das Recht zum bewaffneten Ein-

schreiten gegen demokratische Bewegungen der westdeutschen Bevölkerung gibt.

Die Stellung der Arbeiterklasse zur nationalen Frage ist von je her eine völlig andere gewesen. Allein die Arbeiterklasse, die nicht an irgendeiner Ausbeutung interessiert ist, kann mit aller Konsequenz nicht nur für die Unabhängigkeit der eigenen Nation, sondern zugleich für die Unabhängigkeit aller anderen Nationen eintreten.

Deshalb unterscheidet sich die Stellung der Arbeiterklasse zur nationalen Frage insbesondere im Hinblick auf die Verteidigung und Anerkennung der Unabhängigkeit anderer Nationen seit je her von der der Bourgeoisie.

Im Imperialismus ist die Arbeiterklasse — nachdem die Bourgeoisie notwendig auf die Position des nationalen Verrats geraten ist — die einzige Kraft, die an der Spitze jeder nationalen Bewegung stehen kann.

So ist die Arbeiterklasse, entsprechend den Lehren von Marx und Engels, bereits in der Zeit der Revolution von 1848 für die Unabhängigkeit der polnischen Nation eingetreten. So tritt die Arbeiterklasse aller Länder heute für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit aller kolonialen und unabhängigen Völker ein. So hat die Arbeiterklasse an der Spitze des nationalen Befreiungskampfes aller vom deutschen Faschismus unterjochten Völker — sei es des französischen, des tschechoslowakischen oder des belgischen Volkes — gestanden.

Infolge der Tatsache, daß die Arbeiterklasse die einzige Kraft ist, die konsequent für die nationale Unabhängigkeit aller Nationen eintreten kann, ist eine Lösung jeder nationalen Frage in vollem Umfang erst im Sozialismus möglich. Solange die kapitalistische Ausbeutung besteht, werden immer wieder die Interessen der in den Nationen herrschenden Ausbeuterklasse zu Konflikten zwischen den verschiedenen Nationen führen. Immer wieder werden die Widersprüche zwischen den Interessen dieser Ausbeuterklassen zu Auseinandersetzungen auch mit militärischen Mitteln zwischen diesen Nationen führen. Nur Staaten, in denen die Arbeiterklasse die Macht hat, sind in der Lage, uneingeschränkt das Recht jeder anderen Nation auf nationale Unabhängigkeit anzuerkennen.

Nur einem sozialistischen Staat war es möglich, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit aller derjenigen Nationen anzuerkennen, die das Recht auf Lostrennung in Anspruch nehmen, wie es die sowjetische Regierung unmittelbar nach der Oktober-Revolution gegenüber Finnland tat. Nur ein sozialistischer Staat konnte auf alle Privilegien und Vorrechte gegenüber anderen Staaten verzichten, wie es der sowjetische Staat unmittelbar nach der Oktoberrevolution gegen alle asiatischen Staaten, insbesondere gegenüber dem Iran und gegenüber China im

Hinblick auf die alten Privilegien des zaristischen Rußlands tat. Nur von sozialistischen Staaten läßt sich auch feststellen, daß die in ihnen lebenden Nationen, zum Beispiel in der Sowjetunion, nicht nur volle rechtliche Gleichberechtigung genießen, sondern auch tatsächlich völlig gleichgestellt sind und wahrhaft brüderlich zusammenarbeiten

Die Arbeiterklasse verteidigt die nationalen Rechte und die nationale Unabhängigkeit aller Völker mit aller Entschiedenheit deshalb, weil sie gegen jede Erscheinungsform der Unterdrückung ist, ganz gleich, ob es sich um soziale oder nationale Unterdrückung handelt. Sie tritt also jederzeit für das Höchstmaß einer nationalen Unabhängigkeit ein. Sie kämpft jederzeit für die weitestgehende Lösung aller nationalen Probleme, und zwar unabhängig davon, ob die betreffenden Nationen sich bereits auf dem Weg zum Sozialismus befinden, die Errichtung des Sozialismus auf die Tagesordnung geschrieben haben oder noch weit davon entfernt sind, zum Sozialismus übergehen zu können.

Die Arbeiterklasse kämpft seit je her entsprechend der marxistisch-leninistischen Theorie für die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aller Nationen, weil diese Unabhängigkeit und Gleichberechtigung die entscheidende Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Nationen darstellt und gleichzeitig die entscheidende Voraussetzung dafür ist, daß im Inneren einer Nation eine demokratische Entwicklung vor sich gehen kann.

Schon Engels schreibt an Kautsky:

*„Nur ist es für ein großes Volk geschichtlich unmöglich, irgendwelche inneren Fragen auch nur ernstlich zu diskutieren, solange die nationale Unabhängigkeit fehlt.“*

Das Eintreten der Arbeiterklasse für die nationale Unabhängigkeit ist deshalb mit der Geschichte der modernen bürgerlichen Staaten untrennbar verbunden. Schon 1846 schrieb Engels:

*„Aber von dem gleichen Tage, an dem das Bürgertum die volle politische Macht erlangt, von dem Tage, an dem alle feudalen und aristokratischen Interessen zunichte gemacht werden von der Macht des Geldes, von dem Tage, an dem das Bürgertum aufhört, progressiv und revolutionär zu sein, und selber stationär wird, von dem gleichen Tage an übernimmt die Bewegung der Arbeiterklasse die Führung und wird zur nationalen Bewegung.“*

Dabei ist es wesentlicher Bestandteil der marxistisch-leninistischen Theorie, die Arbeiterklasse nicht nur zum Kampf für die eigene nationale Unabhängigkeit, sondern zugleich zur konsequenten Anerkennung der Unabhängigkeit jeder anderen Nation zu verpflichten. Ich verweise auf das Wort von Friedrich Engels:

*„Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken.“*

Völlig im gleichen Sinne erklärte Lenin:

*„Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren.“*

Insbesondere heute, da die Arbeiterklasse aller Länder an die Spitze der nationalen Befreiungsbewegungen getreten ist, läßt sich die Arbeiterklasse und lassen sich die kommunistischen Parteien entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus von einigen Prinzipien leiten, die die Stellung der Arbeiterklasse zur nationalen Frage unveränderlich bestimmen, ganz gleich, ob es sich um die Lösung nationaler Probleme unter den Bedingungen des Kapitalismus oder des Sozialismus handelt.

Das erste unabdingbare Grundprinzip, von dem sich jede kommunistische Partei in der nationalen Frage leiten läßt, ist der proletarische Internationalismus. Marxismus ist mit Nationalismus unvereinbar, denn Nationalismus bedeutet Feindschaft zwischen den Nationen. Gerade das deutsche Volk hat bittere Erfahrungen damit gemacht, daß unter dem Deckmantel des Nationalismus die Unterjochung anderer Völker eingeleitet wurde und schließlich das deutsche Volk selbst am tiefsten Punkt seiner geschichtlichen Entwicklung ankam

Auch heute zeigt sich in Westdeutschland, daß unter dem Deckmantel des Nationalismus offen aggressive Ziele gegen andere Völker verkündet werden.

Der Internationalismus, der keine Negierung der Nationen oder Gleichgültigkeit gegenüber nationalen Fragen bedeutet, ist identisch mit der Verpflichtung zur Lösung jeder nationalen Frage auf der Grundlage der Freundschaft und der friedlichen Beziehung aller Nationen. Deshalb verpflichtet der proletarische Internationalismus heute die deutsche Arbeiterklasse, dafür zu sorgen, daß niemals wieder der deutsche Militärstiefel über die Nachbarvölker des deutschen Volkes hinweg marschiert.

Das zweite aus dem Marxismus-Leninismus folgende unabdingbare Grundprinzip in der nationalen Frage ist das Recht aller Nationen auf ihre Selbstbestimmung, das Recht aller Nationen auf Bildung eines unabhängigen, souveränen Nationalstaates.

Und schließlich besteht das dritte Grundprinzip in der nationalen Frage in der völligen Gleichberechtigung aller großen und kleinen Nationen.

Allein die Beachtung dieser Grundprinzipien ist in der Lage, die Verwirklichung derjenigen Ziele zu gewährleisten, die die kommunistischen Parteien mit ihrer nationalen Politik verfolgen: Gewährleistung des

Friedens nach außen und eine demokratische, frei von jeder Einmischung vor sich gehende Entwicklung im Innern.

In voller Übereinstimmung dieser theoretischen Prinzipien entwickelt die KPD heute ihre nationale Politik, die auf Schaffung eines unabhängigen und friedliebenden demokratischen Nationalstaates gerichtet ist.

Mit Recht kann sie dabei davon ausgehen, daß sich die Lehre des Marxismus-Leninismus von der Haltung der verschiedenen Klassen gegenüber der Frage der nationalen Unabhängigkeit auch heute in Deutschland voll bestätigt hat.

Die westdeutschen Monopolkapitalisten und Militaristen verkaufen heute die nationale Unabhängigkeit für Dollars. Um wieder aufrüsten zu können, was sie als . . .

Präsident: Herr Rechtsanwalt, Sie haben wiederum Ihre Befugnisse weit überschritten und eine Kritik geübt, die schärfstens gerügt werden muß.

Rechtsanwalt Dr. Wessig: Aber Herr Präsident, ich greife weder das Gericht noch die Partei an, sondern einen anonymen Kreis.

Bundesverfassungsrichter Dr. Stein: Sie greifen das deutsche Volk an, Herr Rechtsanwalt.

Rechtsanwalt Dr. Wessig: Nein, nein. Da muß ich erheblich widersprechen.

Um wieder aufrüsten zu können, was sie als Voraussetzung für ihre Politik der Stärke betrachten, erkennen sie bedingungslos das amerikanische Oberkommando an, unterstellen sie die Deutschen auch dem Oberbefehl ausländischer Generäle und verschachern sie das Saargebiet als Handgeld für die Genehmigung zur Aufstellung einer eigenen Armee.

Präsident: Das sind ja wieder alles unerhörte Angriffe. Das ist doch keine richtige Ausdrucksweise!

Rechtsanwalt Dr. Wessig: Herr Präsident, gegen eine anonyme Kategorie von Menschen.

Zur gleichen Zeit kämpft die Arbeiterklasse, und an der Spitze die KPD, mit aller Konsequenz für die Verwirklichung und Durchsetzung einer wirklich nationalen Politik, die auf den vorhin von mir dargelegten Grundprinzipien der Lehre des Marxismus-Leninismus über die nationale Frage beruht.

Da die Bundesregierung nicht zugeben will, daß die KPD eine wahrhaft nationale Politik, ohne jede Hintergründigkeit, betreibt, muß sie notwendig auch die Lehre des Marxismus-Leninismus von der nationalen Frage verändern, aus der sich die nationale Politik der Partei, der KPD, ergibt.

Deshalb wirft die Bundesregierung der KPD vor, der Marxismus-Leninismus fordere nur die Unterstützung derjenigen nationalen Be-

wegungen, die einen antimperialistischen Charakter haben, und es erfolge diese Unterstützung der nationalen Bewegungen nur, um die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Wir haben nachgewiesen, daß der Imperialismus ein System der Unterdrückung und Unterjochung schwächerer Nationen durch mächtigere Nationen darstellt. Träger der nationalen Unterdrückung sind heute überall in der Welt, ganz gleichgültig, ob es sich um die Unterdrückung fortgeschrittener kapitalistischer Länder, wie Westdeutschland, oder kolonialer und halbkolonialer Gebiete handelt, die Kräfte des Imperialismus. Deshalb ist jede nationale Befreiungsbewegung, die zur Befreiung einer Nation von der Unterdrückung durch ausländische Kräfte führt, objektiv antimperialistisch.

So ist heute der nationale Kampf des deutschen Volkes notwendig mit dem Kampf gegen die Vorherrschaft des amerikanischen Monopolkapitals in Westdeutschland verbunden. Er ist zugleich mit dem Kampf gegen die Kräfte des deutschen Monopolkapitals verbunden, die sich mit den ausländischen Unterdrückern verbündet haben.

Darin besteht der objektive Zusammenhang zwischen der nationalen Befreiungsbewegung und dem antimperialistischen Kampf, darin ist objektiv begründet, daß die nationale Frage auch heute in Deutschland eine Klassenfrage darstellt. Darin liegt schließlich objektiv begründet, daß der nationale Befreiungskampf auch heute in Westdeutschland eine Teilfrage des Kampfes gegen den Imperialismus überhaupt darstellt.

Die Bundesregierung wirft der KPD vor, sie wolle die nationale Frage der Klassenfrage unterordnen. Nach der marxistisch-leninistischen Theorie, die sich in der Praxis aller nationalen Kämpfe der Geschichte bestätigt hat, besteht der Zusammenhang zwischen nationaler und Klassenfrage objektiv, unabhängig von den Wünschen und dem Willen, von den politischen Anschauungen einzelner Menschen oder politischer Parteien. Wenn die Bundesregierung aus dieser Tatsache und der entsprechenden Feststellung der marxistisch-leninistischen Theorie einen Vorwurf erhebt, so offenbar nicht gegen die Handlungen und Absichten der KPD, sondern gegen wissenschaftlich begründete theoretische Erkenntnisse. Sie versucht, auch in dieser Frage den Wahrheitsgehalt der marxistisch-leninistischen Theorie vom Senat beurteilen zu lassen und liefert damit erneut den Beweis, daß sie die Theorie als solche verurteilen lassen will.

Die Bundesregierung behauptet ferner, aus der Lehre des Marxismus-Leninismus von der nationalen Frage ergäbe sich, daß die KPD die Lösung der nationalen Frage in Deutschland nur deshalb anstrebe, weil sie das für einen Schritt zur Diktatur des Proletariats halte. Sie

will das mit der Feststellung der marxistisch-leninistischen Theorie begründen, daß nationale Befreiungsbewegungen revolutionären Charakter tragen. Aus der Theorie ergibt sich aber gerade, daß nationale Befreiungsbewegungen objektiv revolutionär sind, unabhängig davon, ob in der Freiheitsbewegung proletarische, sozialistische Elemente enthalten sind, oder ob die kommunistische Partei des betreffenden Landes irgendwelche dahingehenden Absichten hat. Ich verweise dazu auf das Stalin-Zitat, das am 38. Verhandlungstag (Seite 73) verlesen wurde:

*„Die zweifellos revolutionäre Natur der gewaltigen Mehrzahl der nationalen Bewegungen ist ebenso relativ und eigenartig wie die mögliche reaktionäre Natur mancher einzelner nationaler Bewegungen relativ und eigenartig ist. Der revolutionäre Charakter einer nationalen Bewegung unter den Verhältnissen der imperialistischen Unterdrückung setzt keinesfalls voraus, daß in der Bewegung unbedingt proletarische Elemente vorhanden sein müssen, daß ein revolutionäres oder republikanisches Programm der Bewegung, eine demokratische Grundlage der Bewegung vorhanden sein muß.“*

Aus der Feststellung vom revolutionären Charakter der nationalen Befreiungsbewegung auf revolutionäre Zielsetzungen der KPD schließen zu wollen, ist somit völlig abwegig.

Was soll es bedeuten, wenn die Bundesregierung der KPD zum Vorwurf macht, sie wolle die Wiedervereinigung nur deshalb, weil sie diese für einen Schritt zur kommunistischen Machtergreifung halte?

Selbstverständlich ist die KPD gerade auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie der Überzeugung, daß in einem unabhängigen deutschen Nationalstaat eines Tages die freie Entscheidung der Mehrheit des deutschen Volkes für den Sozialismus möglich sein wird. Deshalb steht der Kampf für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland auch nicht im Widerspruch zu ihrem offen proklamierten Endziel. Andererseits aber wird deshalb der nationale Kampf der KPD noch keineswegs zum unmittelbaren Kampf für den Sozialismus.

Welche Maßstäbe soll nach diesen Wünschen der Bundesregierung der Senat überhaupt anlegen? Kann man denn im Ernst der Meinung sein, die Verfassungswidrigkeit der KPD lasse sich damit begründen, daß sie diese dargelegte Auffassung über die später einmal in einem gesamtdeutschen Staat bestehende politische Situation vertritt?

Was bedeutet aber andererseits auch die Behauptung der Bundesregierung davon, daß die nationale Frage eine „Idee an sich“ sei? Hat die Bundesregierung etwa überhaupt das Recht, für sich in Anspruch zu nehmen, sie erstrebe die Wiedervereinigung gewissermaßen um ihrer selbst willen? Wir haben nachgewiesen, und die Schlußplädoyers der Bundesregierung haben unsere Feststellungen bestätigt, daß die Bundes-

regierung nur an einer solchen Wiedervereinigung interessiert ist, die mit der Wiederherstellung der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Macht des Monopolkapitals auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verbunden wäre. Wenn sie heute davon spricht, die nationale Frage sei eine „Idee an sich“, so soll das nur den realen Charakter der nationalen Frage in der gegenwärtigen Situation verschleiern. Die Redensart von der „Idee an sich“ soll darüber hinwegtäuschen, daß es der Bundesregierung um eine sogenannte Wiedervereinigung mit Ausdehnung der gegenwärtigen imperialistischen Unterdrückung auf ganz Deutschland geht, während die KPD eine Wiedervereinigung in echter nationaler Selbstbestimmung erstrebt, damit das deutsche Volk frei über seine eigene Zukunft entscheiden kann.

Die Bundesregierung macht den Versuch, auch aus dem marxistisch-leninistischen Begriff der Souveränität ihre These von der angeblich erstrebten revolutionären Umwälzung zu stützen. Selbstverständlich ist es Tatsache, daß nur dort, wo das Volk selbst den entscheidenden Einfluß auf die Staatsmacht ausübt, der betreffende Staat mit aller Konsequenz für die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit und zugleich für die Unabhängigkeit aller anderen Nationen eintreten wird. Gerade weil das so ist, betreibt die Deutsche Demokratische Republik eine Politik, die die KPD veranlaßt, in ihr die Basis für den nationalen Kampf des deutschen Volkes zu sehen, eine Politik, in der die Wiedervereinigung Deutschlands den ersten Rang einnimmt und der die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern oberstes Prinzip ist.

Das heißt jedoch nicht, daß mit dem Kampf für das nationale Selbstbestimmungsrecht, für einen souveränen Nationalstaat, der Kampf um innere Umgestaltungen in Richtung auf eine sozialistische Ordnung untrennbar verbunden sei. Das heißt erst recht nicht, daß der Kampf für einen souveränen Nationalstaat nur ein Schritt sei auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats.

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist nach der marxistisch-leninistischen Theorie, wie übrigens auch nach dem allgemeinen Völkerrecht, ein politischer, staatlicher Begriff, der nichts anderes bedeutet, als daß jede Nation das Recht auf einen eigenen und unabhängigen Staat besitzt, über dessen innere Ordnung sie allein entscheidet.

Dieser klare und eindeutige Begriff des nationalen Selbstbestimmungsrechtes ergibt sich unter anderem aus dem am 33. Verhandlungstag (Seite 192) verlesenen Zitat Lenins:

*„Wollen wir also die Bedeutung der Selbstbestimmung der Nationen begreifen, ohne in ein Spiel mit juristischen Definitionen zu verfallen, ohne abstrakte Begriffsbestimmungen auszuhecken, vielmehr*

*indem wir die historischen und ökonomischen Voraussetzungen der nationalen Bewegungen untersuchen, so kommen wir unvermeidlich zu dem Schluß: Unter Selbstbestimmung der Nation ist ihre staatliche Lostrennung von fremd-nationalen Gemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaates zu verstehen.“*

In diesem Sinn, als Recht auf einen unabhängigen Nationalstaat, mit dessen Schaffung die Unterdrückung Westdeutschlands unter die Vorherrschaft ausländischer Imperialisten beseitigt würde, mit dessen Bildung zugleich die Spaltung Deutschlands ihr Ende finden würde, versteht auch die KPD das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. So erklärt Fritz Rische am 38. Verhandlungstag (Seite 81):

*„Der Kampf um die Erhaltung des Friedens fällt mit den demokratischen Forderungen des deutschen Volkes auf sein Selbstbestimmungsrecht, nach Wiederherstellung seiner nationalen Einheit, für die Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität zusammen.*

*Erst die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, vor allem die freie Entscheidung des deutschen Volkes, ob es unter den Bedingungen der Bonner und Pariser Kriegspakte oder mit einem Friedensvertrag leben will; erst der Abzug aller Besatzungstruppen und der Wegfall der Einmischung der imperialistischen Besatzungsmächte in innerdeutsche Angelegenheiten, wie es von Molotow auf der Vier-Mächte-Konferenz in Berlin vorgeschlagen wurde, werden dem deutschen Volk eine demokratische Entwicklung sichern.“*

Herausgeber: Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands

Verantwortlich Erika Ewert, Bremen

Druck: Tannus GmbH., Druck- und Verlagsanstalt Frankfurt a. M.

## Krupp ist nicht Deutschland

Während Dr. Wessig in seinem Plädoyer die Machthaber Westdeutschlands, die Kanonenkönige an Rhein und Ruhr anprangert, eignete sich ein unerhörter Skandal. Der frühere CDU-Minister und jetzige Bundesverfassungsrichter Stein geriet über folgende Worte Dr. Wessigs in Wut.

„Die westdeutschen Monopolkapitalisten und Militaristen verkaufen heute die nationale Unabhängigkeit für Dollars. Um wieder aufrüsten zu können — was sie als Voraussetzung für ihre Politik der Stärke betrachten —, erkennen sie bedingungslos das amerikanische Oberkommando an, unterstellen sie die Deutschen dem Oberbefehl ausländischer Generale und verschachern sie das Saargebiet als Handgeld für die Genehmigung zur Aufstellung einer eigenen Armee.“

Diese treffende Charakterisierung der Politik der Monopolherren und Militaristen traf die Prozeßvertretung der Regierung offensichtlich — die Bonner Anwälte zeigten empörte Gesichter. Und schon richtete sich Präsident Wintrich in seinem Sessel auf und murmelte etwas von „unerhörten Beschuldigungen“. Aber dem Bundesverfassungsrichter Stein war diese Bemerkung noch nicht weitgehend genug. Genau der Linie der Regierung entsprechend, rief er zornroten Gesichts in den Saal:

„Herr Rechtsanwalt, Sie greifen das deutsche Volk an!“

Worauf Fritz Rische fragte:

„Seit wann ist Krupp Deutschland?“

Ohne ein Wort zu erwidern, sanken Regierungsvertreter und Richter in ihre Sessel zurück . . .